



Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg
University of Applied Sciences

Ehegattennachzug zu Flüchtlingen

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades einer
Bachelor of Arts (B.A.)
im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst – Public Management

vorgelegt von

Lydia Köpf

Studienjahr 2016/2017

Erstgutachter: Prof. Dr. Christian F. Majer
Zweitgutachterin: Gabriella Wimmer

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	IV
Abbildungsverzeichnis	VIII
Verzeichnis der Anlagen.....	IX
A. Einleitung.....	1
B. Ausländer.....	3
I. Unionsbürger.....	3
II. Drittstaatsangehörige	5
III. Flüchtlinge.....	6
a) <i>Anerkannte Flüchtlinge</i>	6
b) <i>Subsidiär Schutzberechtigte</i>	8
c) <i>Asylberechtigte</i>	8
C. Ehe.....	11
I. Eheschließung in Deutschland	11
a) <i>Deutsche Staatsangehörige</i>	12
b) <i>Ausländische Staatsangehörige</i>	12
II. Eheschließung außerhalb Deutschlands	13
D. Aufenthaltserlaubnis für Ehegatten.....	16
I. Nachzug.....	17
II. Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen.....	19
a) <i>Lebensunterhalt</i>	24
b) <i>Wohnraum</i>	26
c) <i>Volljährigkeit</i>	28
d) <i>Sprachkenntnisse</i>	29
III. Besondere Voraussetzungen bei Ausländern mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 und 2 AufenthG.....	31
E. Verfahren	35
I. Zuständige Behörde	35
a) <i>Sachliche Zuständigkeit</i>	35
b) <i>Örtliche Zuständigkeit</i>	36
II. Antragstellung	37

a) Deutsche Auslandsvertretungen und deutsche Ausländerbehörden	38
b) Mitwirkungspflicht.....	41
III. Erteilung der Aufenthaltserlaubnis.....	42
IV. Weiterer Aufenthalt des nachgezogenen Ehegatten.....	43
F. Aktuelle Situation	49
I. Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes	49
II. Gesetzesänderungen	49
III. Statistik	51
G. Schluss	58
Literaturverzeichnis	60
Eigenständigkeitserklärung	63

Abkürzungsverzeichnis

AAZuVO	Verordnung der Landesregierung, des Innenministeriums und des Integrationsministeriums über Zuständigkeiten nach dem Aufenthaltsgesetz, dem Asylgesetz und dem Flüchtlingsaufnahme-gesetz sowie über die Verteilung unerlaubt eingereister Ausländer (Aufenthalts- und Asylzuständigkeitsverordnung – AAZuVO) vom 12.01.2016, GBl. S. 13
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) vom 01.12.2009, ABI. EG C 115 vom 9.5.2008 S. 47
AsylG	Asylgesetz (AsylG) vom 31.07.2016, BGBl. I S. 1939
AufenthG	Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz – AufenthG) vom 31.07.2016, BGBl. I S. 1939
AufenthV	Aufenthaltsverordnung vom 02.02.2016, BGBl. I S. 130
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch vom 24.05.2016, BGBl. I S. 1190
BMI	Bundesministerium des Innern
BPolG	Gesetz über die Bundespolizei (Bundespolizeigesetz – BpolG) vom 26.07.2016, BGBl. I S. 1818

EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 08.07.2016, BGBl. I S. 1594
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 22.10.2010, BGBl. 2010 II S. 1198
EU-GRCharta	Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 14.12.2007, ABl. EU 2007/C 303/01
FamRL	Richtlinie 2003/86/EG des Rates vom 22. September 2003 betreffend das Recht auf Familienzusammenführung, ABl. EU L 251 vom 03.10.2003 S. 12
FreizügG/EU	Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern (Freizügigkeitsgesetz/EU – FreizügG/EU) vom 22.12.2005, BGBl. I S. 2557
GER	Empfehlung des Ministerkomitees des Europarates an die Mitgliedstaaten Nr. R (98) 6 vom 17. März 1998 zum Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 22.12.2004, BGBl. I S. 2438
GK	Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (Genfer Flüchtlingskonvention), BGBl. II S.619
KonsG	Gesetz über die Konsularbeamten, ihre Aufgaben und Befugnisse (Konsulargesetz) vom 08.07.2016, BGBl. I S. 1666

LPartG	Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (Lebenspartnerschaftsgesetz – LpartG) vom 20.11.2015, BGBl. I S. 2010
LVG	Landesverwaltungsgesetz vom 23.06.2015, GBl. S. 585
PStG	Personenstandsgesetz (PStG) vom 20.11.2015, BGBl. I S. 2010
QuRL-2004	Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes, ABl. EU L 304 vom 30.09.2004, S. 12
QuRL-2011	Richtlinie 2011/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anrecht auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (Neufassung), ABl. EU L 337 vom 20.12.2011 S. 9
SchGK	Verordnung (EG) Nr. 562/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex), ABl. EU L 105 vom 13.04.2006 S. 1

SGB II	Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) – Grundsicherung für Arbeitssuchende vom 31.07.2016, BGBl. I S. 1939
SGB XII	Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII) – Sozialhilfe vom 31.07.2016, BGBl. I S. 1939
Visakodex	Verordnung (EG) Nr. 810/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über einen Visakodex der Gemeinschaft (Visakodex), ABl. L 243 vom 15.09.2009 S. 1
VwV-AufenthG	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz vom 26. 10 2009, GMBI. 42-61/2009 S. 878
VwV-AufenthG-BaWü	Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums zum Ausländerrecht (VwV-AusIR-IM) vom 28.04.2015

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: EU-Mitgliedstaaten	4
Abbildung 2: Zuzug von Flüchtlingen	52
Abbildung 3: Zuzug von Flüchtlingen 2015	53
Abbildung 4: Zuzug von Flüchtlingen 2016	54
Abbildung 5: Zuwanderungen nach Deutschland zum Familiennachzug	56
Abbildung 6: Zuwanderungen nach Deutschland zum Ehegattennachzug	56

Verzeichnis der Anlagen

Die Anlagen befinden sich auf der beigefügten CD.

Anlage 1	Aktuelle Zahlen zu Asyl – Juli 2016
Anlage 2	Asyl
Anlage 3	Asylbewerber
Anlage 4	Asylgrundrecht, Flüchtlingsschutz und staatliche Handlungs - fähigkeit
Anlage 5	Asylzahlen 2015
Anlage 6	Auslandsvertretungen
Anlage 7	Bevölkerungszunahme durch hohe Zuwanderung 2015
Anlage 8	Drittstaatsangehörige
Anlage 9	Ehe
Anlage 10	Eheschließung
Anlage 11	EU-Mitgliedsländer
Anlage 12	Familienzusammenführung zu Flüchtlingen
Anlage 13	Flüchtling
Anlage 14	Flüchtlinge
Anlage 15	Flüchtlinge 2008 bis 2015
Anlage 16	Flüchtlinge 11/2015 bis 07/2016
Anlage 17	Legalisation und Apostille
Anlage 18	Migrationsbericht 2014
Anlage 19	Nachziehen

- Anlage 20 Nachzug
- Anlage 21 Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes
- Anlage 22 Visa zum Familiennachzug
- Anlage 23 Wanderungsmonitoring 2015
- Anlage 24 Weltweit höchste Flüchtlingszahlen seit dem Zweiten Weltkrieg
- Anlage 25 Zahlen und Fakten

A. Einleitung

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit dem Ehegattennachzug zu Flüchtlingen. Dieses Thema ist von aktueller Bedeutung, da Ende des Jahres 2015 sehr viele ausländische Staatsangehörige nach Deutschland eingereist sind, um hier Schutz vor Verfolgung zu erhalten. Viele dieser Ausländer¹ haben den Wunsch, ihre zurückgebliebenen Familienangehörigen und Ehepartner nach zu holen.

Diese Arbeit hat zum Ziel, die aktuellen rechtlichen Bedingungen darzulegen, unter welchen ausländische Staatsangehörige zu ihren nach Deutschland geflüchteten Ehegatten nachreisen können. Hierzu wird in einem ersten Schritt betrachtet, welche Personen Ausländer sind, welche davon als Flüchtlinge gelten und wie sich das deutsche Aufenthaltsrecht im Groben für die unterschiedlichen Ausländergruppen gestaltet. Im zweiten Teil der Arbeit wird auf die Lebensform der Ehe und die Erlangung des Status als Ehegatte, sowohl im In-, als auch im Ausland eingegangen. Anschließend befasst sich die Arbeit mit den Voraussetzungen, unter welchen ausländische Ehegatten zu den in Deutschland lebenden Flüchtlingen nachreisen können. Hierzu werden zuerst die allgemeinen Einreisebedingungen nach Deutschland betrachtet. Daraufhin werden die allgemein gültigen Voraussetzungen für den Ehegattennachzug beleuchtet und die privilegierte Stellung für die Ehegatten von Flüchtlingen dargelegt. Im Anschluss an die Voraussetzungen der Aufenthaltserlaubnis wird darauf eingegangen, wie das Verfahren zum Ehegattennachzug auszusehen hat. Zuerst einmal wird sowohl die sachliche, als auch die örtliche Zuständigkeit erläutert. Dann wird die vom Ausländer erforderliche Antragstellung betrachtet. In Folge dieser muss von der zuständigen Behörde das Verfahren unter Mitwirkung des Antragstellers durchgeführt werden. Ebenso werden in diesem Kapitel die Rechte genannt, die sich für den Ausländer durch die Ausstellung der Auf-

¹ Zur besseren Lesbarkeit wird in dieser Arbeit auf geschlechtsneutrale Formulierungen verzichtet. Dennoch bezieht sich der Text immer auf beide Geschlechter.

enthaltserlaubnis ergeben, und es wird aufgezeigt, welche rechtlichen Möglichkeiten nach Ablauf der Aufenthaltserlaubnis oder Auflösung der Ehe gegeben sind. Im letzten Teil befasst sich die vorliegende Arbeit mit der aktuellen Situation des Ehegattennachzugs zu Flüchtlingen. Hierbei wird auf die Möglichkeit der Inanspruchnahme des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes eingegangen. Ebenso werden sowohl die gesetzlichen Änderungen als auch die statistischen Entwicklungen der letzten Jahre betrachtet.

B. Ausländer

Der Begriff des Ausländers ist in § 2 Abs. 1 AufenthG definiert. Hierbei handelt es sich um eine Negativdefinition, die alle Deutschen gemäß Art. 116 Abs. 1 GG ausschließt. Als Deutsche werden sowohl die deutschen Staatsangehörigen, als auch die sogenannten Statusdeutschen bezeichnet. Unter letzteren versteht man alle „Flüchtling[e] oder Vertriebene[r] deutscher Volkszugehörigkeit“, die bis zum 31. Dezember 1937 in das damalige Deutsche Reich aufgenommen wurden, sowie deren Ehegatten und Nachkommen. Ausländer sind folglich alle Personen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und keine Statusdeutschen sind. Hierunter fallen auch alle Staatenlose und die meisten der EU-Bürger.²

Im Gegensatz zu den Deutschen können sich Ausländer nicht auf die Freizügigkeit in Deutschland gemäß Art. 11 Abs. 1 GG berufen. Einschränkungen dieses Grundrechts, auf die freie Wahl des Wohnsitzes und die Einreise nach Deutschland, sind nur nach Art. 11 Abs. 2 GG möglich. Für Ausländer gelten gesonderte aufenthaltsrechtliche Regelungen, die von ihrer Herkunft und individuellen Situation abhängen. In Bezug auf die persönlichen Umstände ist es möglich, die Ausländer im Groben und Ganzen in drei Gruppen zu unterteilen: Ausländer, die EU-Bürger sind, Ausländer, die nicht der EU angehören, und die sogenannten Flüchtlinge.

I. Unionsbürger

Bürger der EU sind gemäß Art. 20 Abs. 1 S. 1 AEUV alle Personen, die im Besitz der Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates sind. Der EU gehören aktuell folgende Länder an:

² Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 13.

Abbildung 1: EU-Mitgliedstaaten

Belgien	Griechenland	Malta	Slowakei
Bulgarien	Irland	Niederlande	Slowenien
Dänemark	Italien	Österreich	Spanien
Deutschland	Kroatien	Polen	Tschechische Republik
Estland	Lettland	Portugal	Ungarn
Finnland	Litauen	Rumänien	Vereinigtes Königreich
Frankreich	Luxemburg	Schweden	Zypern

Quelle: Vgl. https://europa.eu/european-union/about-eu/countries_de
(letzter Zugriff am 30.08.2016).

Nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 AufenthG sind auf die sogenannten EU- oder Unionsbürger i.d.R. die Vorschriften des AufenthG nicht anzuwenden. Dies ergibt sich aus dem allgemeinen Grundsatz der Vorrangigkeit des Unionsrechts gegenüber dem nationalen Recht,³ und dem expliziten Sonderrecht für Unionsbürger im FreizügG/EU. Ausnahmsweise wird das AufenthG für EU-Bürger angewandt, wenn dies rechtlich ausdrücklich festgelegt ist, oder sich für diese dadurch eine bessere Rechtsstellung ergibt.⁴

Den Unionsbürgern wird in Art. 20 Abs. 2 S. 2 a) AEUV und Art. 21 AEUV das Recht auf Freizügigkeit in allen EU-Ländern eingeräumt. Im Art. 45 EU-GRCharta werden die Einreise- und Aufenthaltsfreiheit im gesamten Unionsgebiet als Grundrecht der EU verankert. So ist es grundsätzlich allen EU-Bürgern gestattet, sich zumindest für eine gewisse Zeit in Deutschland aufzuhalten, auch wenn sie keine deutschen Staatsangehörigen sind.

³ Vgl. Hailbronner, Asyl-/Ausländerrecht, S. 27.

⁴ Vgl. Hailbronner, Asyl-/Ausländerrecht, S. 24.

II. Drittstaatsangehörige

Drittstaatsangehörige sind alle Personen, die keine Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaates sind.⁵ Nach Art. 6 SchGK i.V.m. Art. 5 SchGK gelten Ausländer jedoch nicht als Drittstaatsangehörige, sofern sie einem Staat angehören, dessen Bürger durch Verträge oder Vereinbarungen den Unionsbürgern gleichgestellt sind.⁶ Hierbei seien besonders alle schweizerischen Staatsangehörige zu nennen.⁷ Da keine Deutsche als Drittstaatsangehörige bezeichnet werden können, ergibt sich die Schlussfolgerung, dass letztere grundsätzlich alle als Ausländer zu bezeichnen sind.

Generell gelten für die Einreise nach und den Aufenthalt in Deutschland für alle Drittstaatsangehörigen laut § 1 Abs. 2 AufenthG die Paragraphen des AufenthG. Sie dürfen nach § 3 AufenthG i.d.R. nur unter Mitführung eines anerkannten gültigen Passes nach Deutschland einreisen.⁸ Zudem ist für ihren Aufenthalt in Deutschland das Vorliegen eines Aufenthaltstitels zwingend erforderlich. Als solcher werden gemäß § 4 AufenthG ein Visum, eine Aufenthaltserlaubnis, eine Blaue Karte EU, eine Niederlassungserlaubnis, oder eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU bezeichnet. Normalerweise erfolgt die Einreise mit einem Visum.⁹ Auf Grundlage dessen wird laut § 5 Abs. 2 AufenthG im Bedarfsfall ein weiterer Aufenthaltstitel erteilt.

Die Erteilung eines Aufenthaltstitels bedarf der genauen Einzelfallprüfung, unter Heranziehung des Herkunftslandes, der Aufenthaltsgründe und der jeweiligen anzuwendenden gesetzlichen Grundlagen. Eine besonders hervorzuhebende Personengruppe innerhalb der Drittstaatsangehörigen sind hierbei die Flüchtlinge. Diese werden auf Grund der GK gegenüber den übrigen Ausländern bevorzugt.¹⁰

⁵ Vgl. https://www.bamf.de/DE/Service/Left/Glossary/_function/glossar.html?lv3=1504482&lv2=1364168 (letzter Zugriff am 19.08.2016).

⁶ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 15.

⁷ Vgl. *Dienelt*, S.XXXIV.

⁸ Siehe dazu S. 16.

⁹ Siehe dazu S. 16 f.

¹⁰ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 23 f.

III. Flüchtlinge

„Sie fliehen vor Not, Angst und politischer Verfolgung. Zu Millionen sehen sich Menschen auf der ganzen Welt gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Vor allem aus den Krisenregionen in Afrika und dem Nahen Osten versuchen viele, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen – oft verlieren sie dabei ihr Leben.“¹¹ Mit diesen Worten definiert die Süddeutsche Zeitung den Begriff der Flüchtlinge. Und der Duden bezeichnet einen Flüchtling als eine „Person, die aus politischen, religiösen, wirtschaftlichen oder ethnischen Gründen ihre Heimat eilig verlassen hat oder verlassen musste und dabei ihren Besitz zurückgelassen hat.“¹² Dabei stellt er diese Person einem Asylbewerber oder Heimatvertriebenen gleich. Ein Asylbewerber sei jedoch eine Person, die nach Aufnahme und Schutz sucht.¹³ Durch die unterschiedliche Definition der beiden Synonyme stellt sich die Frage, was es mit den zum Teil unterschiedlich verwendeten Begriffen „Flüchtling“, „Asylberechtigter“ oder auch „subsidiär Schutzberechtigter“ auf sich hat.

Es kann festgestellt werden, dass im umgangssprachlichen Gebrauch i.d.R. die drei genannten Personengruppen nicht unterschieden, sondern unter dem einheitlichen Begriff „Flüchtlinge“ zusammengefasst werden. Erst beim Betrachten der einschlägigen gesetzlichen Regelungen werden die Unterschiede und Gemeinsamkeiten dieser Personengruppen deutlich.

a) Anerkannte Flüchtlinge

Art. 18 EU-GRCharta weist allen Ausländern ein Grundrecht auf Asyl innerhalb der EU zu. Während diesbezüglich Art. 78 AEUV eine einheitliche Politik für den internationalen Schutz vorschreibt, ist der Begriff des Flüchtlings

¹¹ <http://www.sueddeutsche.de/thema/Fl%C3%BChtlinge>
(letzter Zugriff am 21.06.2016).

¹² <http://www.duden.de/rechtschreibung/Fluechtling>
(letzter Zugriff am 21.06.2016).

¹³ Vgl. <http://www.duden.de/rechtschreibung/Asylbewerber> und <http://www.duden.de/rechtschreibung/Asyl#b2-Bedeutung-2>
(letzte Zugriffe am 21.06.2016).

in Art. 1 GK definiert und Art. 3 GK verlangt eine EU-weite Gleichbehandlung der Flüchtlinge. Ebenso legt die GK die Rechte und Pflichten für Flüchtlinge fest¹⁴, wie beispielsweise, dass innerhalb der EU gemäß dem Dublin-System pro Person nur ein Antrag auf internationalen Schutz, und somit im Sinne des § 2 Abs. 13 AufenthG i.V.m. Art. 2 a) QuRL-2004 und Art. 2 h) QuRL-2011 auf Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder des subsidiären Schutzstatus, gestellt werden darf.¹⁵

Das AsylG i.V.m. dem AufenthG setzen diese europarechtlichen Vorschriften mit der kaum veränderten Definition des Flüchtlings, in nationales Recht um.¹⁶ So ist in Deutschland jeder Ausländer Flüchtling, der die Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 AsylG i.V.m. § 60 Abs. 1 AufenthG erfüllt. Demnach muss er sich aufgrund von „begründeter Furcht vor Verfolgung“ außerhalb seines Herkunftslandes befinden. Zudem müssen die in den §§ 3a bis 3c AsylG genannten Voraussetzungen der Verfolgung erfüllt sein und es darf kein Schutz im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 2 AsylG i.V.m. §§ 3d und 3e AsylG möglich sein. Zur Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft darf außerdem keine Bedingung des § 3 Abs. 2 oder 3 AsylG, sowie laut § 3 Abs. 4 AsylG keine Voraussetzung des § 60 Abs. 8 S. 1 oder 2 AufenthG erfüllt sein.

Während des Prüfverfahrens zur Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft, werden die Antragsteller laut § 1 Abs. 1 Nr. 2 AsylG nach dem AsylG behandelt. Ihnen ist der Aufenthalt in Deutschland gemäß § 55 Abs. 1 S. 1 AsylG i.V.m. § 25 Abs. 2 S. 2 AufenthG und § 25 Abs. 1 S. 3 AufenthG gestattet. Die Anerkennung erfolgt laut § 1 Abs. 1 Nr. 2 AsylG durch das BAMF, in einem Asylverfahren gemäß dem AsylG. Nach § 60 Abs. 1 AufenthG i.V.m. Art. 19 Abs. 2 EU-GRCharta ist es nicht erlaubt, anerkannte Flüchtlinge in ihr Herkunftsland abzuschieben, sie haben Anspruch auf eine Aufenthaltserlaubnis gemäß § 25 Abs. 2 AufenthG.

¹⁴ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 23 f.

¹⁵ Vgl. *Dienelt*, S.XLII f.

¹⁶ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 379 f.

b) Subsidiär Schutzberechtigte

Art. 78 AEUV schreibt eine einheitliche Politik für subsidiären Schutz innerhalb der EU vor. Die Voraussetzungen für den subsidiären Schutz sind von Art. 3 EMRK übernommen¹⁷ und durch das AsylG i.V.m. dem AufenthG in deutsches Recht umgesetzt. Wie bei den anerkannten Flüchtlingen darf innerhalb der EU pro Person nur ein Antrag auf subsidiären Schutz gestellt werden.¹⁸

Als subsidiär Schutzberechtigte nach § 4 AsylG sind all jene Ausländer anzusehen, die nicht als Flüchtlinge anerkannt werden und einer Gefahr des § 60 Abs. 2 bis 5 oder 7 AufenthG ausgesetzt sind.¹⁹ Für die Gewährung des subsidiären Schutzes müssen jedoch die Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 und 3 AsylG i.V.m. §§ 3c bis 3e AsylG vorliegen. Ebenso ist der Schutz unter den Bedingungen des § 4 Abs. 4 AsylG ausgeschlossen.

Ausländer, die einen Antrag auf subsidiären Schutz stellen, werden während des Prüfungsverfahrens, laut § 1 Abs. 1 Nr. 2 AsylG nach dem AsylG behandelt. Die Anerkennung des Schutzstatus wird gemäß § 25 Abs. 2 AufenthG vom BAMF durchgeführt. Sie haben laut § 55 Abs. 1 S. 1 AsylG i.V.m. § 25 Abs. 2 S. 2 AufenthG und § 25 Abs. 1 S. 3 AufenthG bis zur endgültigen Entscheidung ein Einreise- und Aufenthaltsrecht. Nach Anerkennung muss ihnen gemäß § 25 Abs. 2 AufenthG i.V.m. Art. 19 Abs. 2 EU-GRCharta eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden.

c) Asylberechtigte

In Deutschland sind gemäß Art. 16a Abs. 1 GG alle politisch Verfolgten asylberechtigt. Als einziges nur für Ausländer anwendbares Grundrecht,²⁰ lässt sich aus diesem ein Anspruch auf die Einreise nach Deutschland und den dortigen Aufenthalt ableiten. Ausländer aus den sogenannten sicheren Drittstaaten oder sicheren Herkunftsstaaten können nach Art. 16a Abs. 2

¹⁷ Vgl. Dienelt, S. XLV.

¹⁸ Siehe dazu Kap. B. 0. 0.

¹⁹ Vgl. Hailbronner, Asyl-/Ausländerrecht, S. 378.

²⁰ Vgl. Dienelt, S. XLIII.

GG i.V.m. § 26a Abs. 1 AsylG und § 29a Abs. 1 AsylG i.d.R. keine Asylberechtigten sein. Als Asylberechtigter kann ebenso nicht anerkannt werden, wer über einen in Art. 16a Abs. 2 S. 1 und 2 GG genannten Staat nach Deutschland eingereist ist. Meist ist beim Eintreffen in Deutschland hiervon auszugehen, da die Einreise über den Landweg diese Bedingung in jedem Fall erfüllt. Der Ausländer muss eine hiervon abweichende Einreise im Bedarfsfall selbst nachweisen.²¹ Auch findet das Grundrecht auf Asyl deshalb kaum Anwendung, da es durch das höherrangige EU-Recht zum internationalen Schutz gemäß der GK gebrochen wird. Zudem ist die Rechtsstellung von Asylberechtigten und Flüchtlingen leicht verwechselbar, weshalb für sie eine identische Rechtsstellung vorgeschrieben ist.²² Im deutschen Recht regelt § 2 Abs. 1 AsylG die Gleichstellung von anerkannten Flüchtlingen, subsidiär Schutzberechtigten und Asylberechtigten durch die einheitliche Anwendung der GK. Asylberechtigte sind somit im Wesentlichen lediglich durch die Möglichkeit der Verfassungsbeschwerde bezüglich Art. 16a Abs. 1 GG, im Sinne des § 2 Abs. 2 AsylG besser gestellt.²³

Ob ein Antragssteller als Asylberechtigter anerkannt wird, entscheidet das BAMF.²⁴ Bis zur Entscheidung des Asylverfahrens bekommt er eine Aufenthaltsgestattung nach § 55 Abs. 1 S. 1 AsylG i.V.m. § 25 Abs. 1 S. 3 AufenthG. Nach Anerkennung als Asylberechtigter wird ihm eine Aufenthaltserlaubnis gemäß § 25 Abs. 1 S. 1 AufenthG erteilt.

Alle Ausländer, die im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis als anerkannte Flüchtlinge, subsidiär Schutzberechtigte oder Asylberechtigte sind, werden auf Grund ihrer weitgehend identischen Rechtsstellung beim Ehegatten-nachzug, sowie der besseren Lesbarkeit, in den weiteren Ausführungen unter dem einheitlichen Begriff „Flüchtlinge“ zusammengefasst. Flüchtlinge, die bereits im Besitz eines langfristigen Aufenthaltstitels sind, können beim

²¹ Vgl. *Nusser / Schulenberg*, S. 26.

²² Vgl. *Dienelt*, S. XLIII.

²³ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 374.

²⁴ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 374.

Ehegattennachzug von keiner privilegierten Stellung als Flüchtling profitieren. Deshalb werden diese in der vorliegenden Arbeit vernachlässigt. Zudem wird den über die genannten Flüchtlinge hinausgehenden Flüchtlingsgruppen keine Beachtung geschenkt, da diese nicht in den besonderen Schutzbereich für Flüchtlinge zum Ehegattennachzug eingeschlossen sind.

C. Ehe

In Deutschland bezeichnet der Begriff der Ehe die rechtliche und gesellschaftliche Verbindung eines Mannes und einer Frau miteinander.²⁵ Nach dem Eingehen einer Ehe – der sogenannten Eheschließung – werden die Beiden als Ehegatten bezeichnet und sind gemäß § 1353 Abs. 1 S. 2 BGB i.V.m. Art. 14 EGBGB dazu verpflichtet, für einander einzustehen.

Die Ehe ist europarechtlich durch Art. 7 EU-GRCharta und Art. 8 Abs. 1 EMRK geschützt. In Deutschland unterliegen Ehe und Familie einem zusätzlichen verfassungsrechtlichen Schutz. Dieser muss gemäß Art. 6 Abs. 1 GG gewährleistet werden. Das sowohl für Deutsche, als auch für Ausländer anwendbare Menschenrecht, schützt vor individuellen staatlichen Eingriffen und erhält die Rechtsform der Ehe. Hierzu gehört sowohl die Eheschließung, als auch das Zusammenleben in der Ehe.²⁶ Während Deutsche die Entscheidungen zur Eheschließung und zum Zusammenleben innerhalb Deutschlands i.d.R. uneingeschränkt treffen können,²⁷ müssen bei Ausländern spezielle Voraussetzungen vorliegen, wie beispielsweise die Bedingungen nach § 30 AufenthG.

I. Eheschließung in Deutschland

Die materiellen Voraussetzungen der Eheschließung richten sich in Deutschland gemäß Art. 13 Abs. 1 EGBGB i.d.R. für jeden Eheschließungswilligen separat nach dem Recht, dessen Staat er angehört.²⁸ Sowohl bei Deutschen, als auch bei Ausländern muss gemäß Art. 13 Abs. 3 S. 1 EGBGB die Form der Eheschließung grundsätzlich nach deutschem Recht erfolgen. Daraus folgt, dass in Deutschland die Eheschließung gemäß § 1310 Abs. 1 S. 1 BGB stets vor einem Standesbeamten stattzufinden hat. Beide Eheschließenden müssen laut § 1311 S. 1 BGB gleichzeitig anwesend sein

²⁵ Vgl. <http://www.juraforum.de/lexikon/ehe> (letzter Zugriff am 25.07.2016).

²⁶ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 203.

²⁷ Vgl. *Dienelt* S. XVIII f.

²⁸ Vgl. *Huber*, § 27 AufenthG, Rn. 31.

und haben den Ehwunsch nach freiem persönlichen Willen voreinander und dem zuständigen Standesbeamten zu bekunden.

a) Deutsche Staatsangehörige

Für deutsche Staatsangehörige ist zur Eheschließung das deutsche Recht anzuwenden. Nach diesem muss bei den Eheschließenden die Eheschließungsfähigkeit gemäß §§ 1303 f. BGB vorliegen. Außerdem darf kein Eheverbot gemäß §§ 1306 ff. BGB bestehen. Hierbei ist besonders das Gebot der Einehe hervorzuheben. Des Weiteren darf laut § 2310 Abs. 1 S. 2 BGB zum Zeitpunkt der Eheschließung kein Aufhebungsgrund nach § 1314 Abs. 2 BGB vorliegen. Hierdurch soll unter anderem der Zwangsheirat vorgebeugt werden.

b) Ausländische Staatsangehörige

Ausländer können in Deutschland die Ehe mit einem Deutschen, einem Ausländer der gleichen oder einer anderen Staatsangehörigkeit eingehen, soweit die Eheschließungsvoraussetzungen vorliegen. Für einen Ausländer müssen diese i.d.R. durch den Staat, dessen Staatsangehörigkeit der Ausländer besitzt mit einem Eheschließungsfähigkeitszeugnis im Sinne des § 1309 BGB bestätigt werden. Zur Sicherstellung der Echtheit des ausländischen Eheschließungsfähigkeitszeugnisses können die deutschen Behörden die zusätzliche Vorlage einer Legalisation oder Apostille verlangen.²⁹ Sind nicht alle materiellen Eheschließungsvoraussetzungen erfüllt, so kann bei einem ausländischen Staatsangehörigen unter den Voraussetzungen des Art. 13 Abs. 2 EGBGB das deutsche Recht herangezogen werden. Außerdem ist das deutsche Recht laut Art. 6 EGBGB dann heranzuziehen, wenn das ausländische Recht den Grundzügen des deutschen Rechts widerspricht. Bei der Eheschließung eines Flüchtlings in Deutschland wird meist von der Prüfung des ausländischen Rechts abgesehen und die Eheschließung nach deutschem Recht vorgenommen.³⁰

²⁹ Vgl. *Bamberger / Roth*, § 1309 BGB, Rn. 9; siehe dazu O. O.

³⁰ Vgl. *Stiegeler*, S. 5.

Zur Eheschließung in Deutschland ist es für Ausländer außerdem zwingend erforderlich, dass sie sich zu diesem Zeitpunkt rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten. Hierbei kann es sich sowohl um einen bereits bestehenden oder eigens für die Eheschließung erteilten Aufenthaltstitel handeln. Hält sich ein Drittstaatsangehöriger bisher nicht in Deutschland auf, so ist für die Einreise ein Visum erforderlich.³¹ Besteht zusätzlich zur Eheschließung in Deutschland der Wunsch, sich nach dieser hier aufzuhalten, so muss dies bereits bei der Visumsbeantragung deutlich gemacht werden und es ist die Erteilung eines nationalen Visums gemäß § 6 Abs. 3 S. 1 und 2 AufenthG erforderlich. Bereits bei der Beantragung müssen alle zur Eheschließung erforderlichen Urkunden vorgelegt werden, das Anmeldeverfahren zur Eheschließung innerhalb der letzten sechs Monate durchlaufen und der Termin zur Eheschließung festgelegt sein. Zudem sind bereits im Voraus die Voraussetzungen des Ehegattennachzuges zu prüfen.³² Diese Regelungen setzen den Art. 8 EMRK in nationales Recht um.

Durch die Prüfung aller Voraussetzungen vor der Visumserteilung kann in Deutschland keine Ehe geschlossen werden, wenn schwerwiegende Gründe gegen den Aufenthalt sprechen. Deshalb hängt die Durchführung des Ehegattennachzuges nach Einreise in das Bundesgebiet in diesen Fällen dann letztendlich nur noch von der tatsächlichen durchgeführten Eheschließung ab.³³

II. Eheschließung außerhalb Deutschlands

Ehen, die laut § 34 Abs. 1 PStG von Deutschen oder in Deutschland lebenden Staatenlosen, heimatlosen Ausländern und Flüchtlingen im Ausland geschlossen wurden, können in Deutschland in das Eheregister eingetragen werden. Die ausländische Eheschließung wird anerkannt, soweit sie

³¹ Siehe dazu S. 16 f.

³² Siehe dazu Kap. 0.

³³ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 207 und S. 227.

rechtmäßig war. Die materiellen Voraussetzungen zur Eheschließung müssen nach Art. 13 Abs. 1 EGBGB i.d.R. nach dem jeweiligen Recht der Staatsangehörigkeit des Eheschließungswilligen vorliegen.

Da es sich bei einer Eheschließung im Allgemeinen um ein Rechtsgeschäft handelt, findet zur formellen Rechtmäßigkeit § 11 EGBGB Anwendung. Demnach muss diese nach dem Recht der Staatsangehörigkeit beider Eheschließenden, oder nach dem Recht des Staates, in dem die Eheschließung vorgenommen wurde, erfolgt sein. Wird von der ersten Möglichkeit Gebrauch gemacht, muss bei unterschiedlichen Staatsangehörigen dem Recht beider Staaten entsprochen werden, was sich praktisch als sehr schwierig oder sogar unmöglich darstellt. Deshalb kommt meist die Anwendung der Formvorschrift des Eheschließungsstaates, die auch als Ortsform bezeichnet wird, zum Einsatz. Ebenso sind viele ausländische Behörden, vergleichbar mit Art. 13 Abs. 3 S. 1 EGBGB der deutschen Behörden, zur Ortsform verpflichtet.³⁴ Auch wenn sich eine Person nicht rechtmäßig in dem Staat der Eheschließung aufgehalten hat, muss bei Vorlage einer Heiratsurkunde dieses Staates die Ehe in Deutschland anerkannt werden.³⁵

Zur Bestätigung der Echtheit der ausländischen Eheurkunde muss von den Ehegatten in Deutschland i.d.R. eine Legalisation oder Apostille vorgelegt werden. Diese beiden Beglaubigungsarten unterscheiden sich dadurch, dass bei der Legalisation die gesamte Urkunde und bei der Apostille lediglich Unterschrift und Dienstsiegel bzw. –stempel geprüft werden. Ob für eine Urkunde eine Legalisation oder eine Apostille erforderlich ist, ergibt sich aus den Vereinbarungen mit dem Staat, in dem die Urkunde ausgestellt wurde. Die Legalisation wird durch die Auslandsvertretung des Landes ausgestellt, in dem die Urkunde vorgelegt werden soll, in diesem Fall also durch die deutsche Auslandsvertretung. Solche Auslandsvertretungen stellen die deutschen Botschaften, Generalkonsulate und Konsulate im Sinne der §§

³⁴ Vgl. v. *Hein*, Art. 13 EGBGB, Rn. 146.

³⁵ Vgl. Beschluss vom 14.05.2007 – 11 S 1640/06, VGH Baden-Württemberg, erhältlich unter <https://openjur.de/u/223571.html> (letzter Zugriff am 10.09.2016).

13 f. KonsG dar.³⁶ Die Apostille hingegen wird von dem gleichen Staat wie die Urkunde ausgestellt und somit bei einer Eheurkunde durch den Staat der Eheschließung.³⁷

³⁶ Vgl. http://www.auswaertiges-amt.de/DE/AAmt/Auslandsvertretungen/Uebersicht_node.html (letzter Zugriff am 10.09.2016).

³⁷ Vgl. http://www.konsularinfo.diplo.de/Vertretung/konsularinfo/de/05/urkundenverkehr__Allgemein/Allg__Infos.html (letzter Zugriff am 10.09.2016).

D. Aufenthaltserlaubnis für Ehegatten

Die Einreise und der Aufenthalt in Deutschland sind für Ausländer nach § 3 Abs. 1 S. 1 AufenthG generell nur im Besitz eines anerkannten und gültigen Passes (z.B. Nationalpass) oder Passersatzes im Sinne der §§ 3 f. AufenthV möglich. Der Ausländer hat den Pass bei seiner Ein- und Ausreise gemäß § 13 Abs. 1 S. 2 AufenthG mit sich zu führen. In Deutschland ist diese Passpflicht auch durch den Besitz eines Ausweisersatzes gemäß § 3 Abs. 1 S. 2 AufenthG i.V.m. § 48 Abs. 2 AufenthG erfüllt. Ausnahmen liegen vor, soweit sich diese aus § 14 AufenthV ergeben oder vom BMI bzw. einer von ihm bestimmten Stelle laut § 3 Abs. 2 AufenthG erteilt werden. Liegt eine Befreiung von der Passpflicht vor, muss sich der Ausländer auf andere Art und Weise ausweisen können.³⁸

Ebenso wird gemäß § 4 Abs. 1 AufenthG ein Aufenthaltstitel benötigt, sofern nach § 4 Abs. 1 S. 1 AufenthG hiervon keine Befreiung vorliegt. Laut § 4 Abs. 1 S. 2 AufenthG gibt es fünf unterschiedliche Arten von Aufenthaltstiteln. Besonders hervorzuheben seien hier die für den Ehegattennachzug erforderliche Aufenthaltserlaubnis und das für die Einreise erforderliche Visum. Als mögliche Visumsarten kommen laut § 6 AufenthG das Schengen-Visum, Flughafentransitvisum, nationale Visum oder Ausnahme-Visum in Betracht. Eine Aufenthaltserlaubnis wird durch die zuständige Behörde grundsätzlich erst nach der Einreise erteilt.³⁹ Dennoch hat der Ausländer gemäß § 5 Abs. 2 AufenthG auch hierüber bereits bei der Visumsbeantragung alle erforderlichen Angaben zu machen. Wird dies von dem Ausländer nicht eingehalten, dann kann ihm i.d.R. die Aufenthaltserlaubnis nicht erteilt werden. In diesem Fall muss der Ausländer, soweit dies nicht als unzumutbar anzusehen ist, wieder ausreisen, um das korrekte Visumsverfahren nachzuholen.⁴⁰ Eine Ausnahme ist beispielsweise möglich, wenn der Heiratswunsch erst spontan bei einem Aufenthalt in Deutschland entsteht, da

³⁸ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 72.

³⁹ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 89.

⁴⁰ Vgl. Beschluss vom 10.04.2007 – 18 B 303/07, OVG Nordrhein-Westfalen, erhältlich unter: <https://openjur.de/u/120322.html>

sich der Ausländer vor Einreise nach Deutschland noch nicht dazu entscheiden hätte können, einen Antrag auf Ehegattennachzug zu stellen und er im Visumverfahren dadurch keine falschen Angaben gemacht hat.⁴¹ Ohne Visum können alle im § 41 Abs. 1 AufenthV genannten Drittstaatsangehörigen nach Deutschland einreisen. Dies gilt sowohl für den Zweck der Eheschließung, als auch für den Aufenthalt darüber hinaus. Der erforderliche Aufenthaltstitel muss laut § 41 Abs. 3 S. 1 AufenthV nach der Einreise in Deutschland beantragt werden.

Durch die Erfordernis eines Aufenthaltstitels soll die Zuwanderung in Deutschland gesteuert werden.⁴² Es ist jedoch von oberster Priorität, die Grund- und Menschenrechte, wie etwa Art. 8 Abs. 1 EMRK und Art. 6 Abs. 1 GG, zu beachten und Entscheidungen stets im Einklang mit rechtsstaatlichen Grundsätzen, wie z.B. der Verhältnismäßigkeit, zu treffen.⁴³

I. Nachzug

Ein „Nachzug“ wird in der Amtssprache auch als „das Nachziehen“ bezeichnet.⁴⁴ Auf Personen bezogen meint es, „jemandem folgend an den gleichen Ort über[zu]siedeln“⁴⁵. Viele Ausländer möchten zu einer in Deutschland lebenden Person kommen. Hierzu gibt es genaue ausländerrechtliche Vorgaben, die die Nachzugsbedingungen zu einem in Deutschland lebenden Deutschen oder Ausländer darlegen.

Art. 8 EMRK schützt das Privat- und Familienleben aller in der EU lebenden Personen. Allein aus dieser Regelung ergibt sich aber kein Recht für Dritt-

(letzter Zugriff am 10.09.2016).

⁴¹ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 228.

⁴² Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 73.

⁴³ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 26.

⁴⁴ Vgl. <http://www.duden.de/rechtschreibung/Nachzug>
(letzter Zugriff am 20.08.2016).

⁴⁵ [Http://www.duden.de/rechtschreibung/nachziehen](http://www.duden.de/rechtschreibung/nachziehen)
(letzter Zugriff am 20.08.2016).

staatsangehörige, zu ihren in der EU lebenden Familienangehörigen nachzuziehen.⁴⁶ Der Grundsatz des Nachzugs von Familienangehörigen zu einem in der EU lebenden Drittstaatsangehörigen ist in der FamRL dargelegt. Die FamRL wurde auf Grundlage des Art. 79 Abs. 2a AEUV erlassen und kann nur auf Familienangehörige von anerkannten Flüchtlingen angewandt werden. Diesen, und somit auch den Ehegatten, wird ein Rechtsanspruch zum Nachzug eingeräumt, wobei den einzelnen EU-Staaten die genauen Regelungen, Einschränkungen und Begünstigungen im Rahmen dieser Richtlinie vorbehalten sind. Der in der EU lebende Drittstaatsangehörige, zu dem der Nachzug stattfinden soll, wird dabei als Zusammenführender oder Stammberechtigter bezeichnet.⁴⁷ In Deutschland ist es zudem wichtig, zusätzlich zu den europarechtlichen Vorgaben, die deutschen Grundrechte zu beachten und mit einzubeziehen. Der Art. 6 Abs. 1 GG spielt beim Ehegattennachzug eine besonders bedeutende Rolle.

Die deutschen allgemeinen Grundsätze des Familiennachzugs, und somit auch des Ehegattennachzugs sind im § 27 AufenthG verankert. Es ist jedoch zu beachten, dass dann von keinem Nachzug gesprochen werden kann, wenn die nachziehende Person, und der Stammberechtigte gleichzeitig oder in einem bis zu zweiwöchigen Abstand⁴⁸ zueinander nach Deutschland eingereist sind.⁴⁹ In diesem Fall ist bei Flüchtlingen der § 26 AsylG heranzuziehen und zu prüfen. Eine Besonderheit im deutschen Recht, gegenüber dem europäischen Recht stellt dar, dass die Familienangehörigen der anerkannten Flüchtlinge im Gegensatz zu den übrigen Flüchtlingen nicht privilegiert sind. Dies ergibt sich aus der identischen Rechtsstellung der Flüchtlinge in § 1 Abs. 1 Nr. 1 und 2 AsylG und kann bezüglich des Ehegattennachzugs dem § 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 c) AufenthG entnommen werden. Ebenso würde dies dem europäischen Recht wider-

⁴⁶ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 205 f.

⁴⁷ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 208 f.

⁴⁸ Vgl. *Kluth / Heusch*, § 26 AsylG, Rn. 11.

⁴⁹ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 231.

sprechen, wonach das Zusammenleben innerhalb der Familie für alle Personen möglich sein muss.⁵⁰ In jedem Falle des Familiennachzugs ist zu prüfen, ob zur Zusammenführung der Familie auch eine Rückreise des in Deutschland lebenden Drittstaatsangehörigen in das Land seiner Staatsangehörigkeit, oder in dem er als Staatenloser zuletzt seinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte, zumutbar wäre.⁵¹

II. Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen

Die folgenden Ausführungen behandeln die, zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für den Nachzug von Drittstaatsangehörigen zu einem in Deutschland lebenden Flüchtling, allgemein gültigen Voraussetzungen. Eine solche Aufenthaltserlaubnis kann gemäß § 30 AufenthG erteilt werden. Hierzu sind generell auch die allgemeinen Voraussetzungen zur Erteilung eines beliebigen Aufenthaltstitels gemäß § 5 AufenthG zu beachten. Demnach muss laut § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG der Lebensunterhalt des nachzugswilligen Ausländers gesichert⁵² und die Identität geklärt sein. Die Staatsangehörigkeit muss zusätzlich klargestellt sein, wenn der Ausländer nicht in den Drittstaat seiner Staatsangehörigkeit zurückkehren darf. Diese Bedingung nach § 5 Abs. 1 Nr. 1a AufenthG ist erfüllt, sofern die weitere Voraussetzung des § 5 Abs. 1 Nr. 4 AufenthG⁵³ vorliegt. Ebenso darf für die Erteilung eines Aufenthaltstitels laut § 5 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG kein Ausweisungsinteresse bestehen. Von einem solchen kann gesprochen werden, wenn mehr als ein geringer Verstoß gegen die in den §§ 53 ff. AufenthG genannten Bedingungen vorliegt. Zudem darf der einschlägige Ausweisungsgrund bei vorherigen ausländerrechtlichen Entscheidungen nicht unbeachtet geblieben sein, die Ausländerbehörde darf nicht auf diesen verzichtet haben und er muss zum Entscheidungszeitpunkt aktuell sein.⁵⁴ Liegt trotz des Ausweisungsinter-

⁵⁰ Vgl. *Dienelt*, S. XV f.

⁵¹ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 206.

⁵² Siehe dazu Kap. 0. 0. 0.

⁵³ Siehe unten.

⁵⁴ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 93.

teresses keine Befürchtung vor, dass die öffentliche Sicherheit oder Ordnung dadurch beeinträchtigt wird, kann der Aufenthaltstitel dennoch erteilt werden. Liegt eine überaus gefährliche, verfassungsfeindliche oder terroristische Aktivität des Ausländers gemäß § 54 Abs. 1 Nr. 2 oder 4 AufenthG vor, so ist nach § 5 Abs. 4 S. 1 AufenthG keine Ermessensausübung zur Erteilung eines Aufenthaltstitels möglich. Ausnahmen hiervon sind im Sinne des § 5 Abs. 4 S. 2 und 3 AufenthG möglich. Eine weitere Voraussetzung zur Erteilung eines Aufenthaltstitels ist, dass der Ausländer nach § 5 Abs. 1 Nr. 3 AufenthG nicht die finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Interessen Deutschlands beeinträchtigen oder eine gesundheitliche Gefahr wegen Infektionskrankheiten darstellen darf. Diese Voraussetzung bedarf in jedem Falle einer individuellen Ermessensentscheidung unter Einbeziehung der Grund- und Menschenrechte, sowie der europarechtlichen Bestimmungen. Der Aufenthaltstitel ist unbeachtlich dieser Voraussetzung immer zu erteilen, wenn hierfür ein expliziter Rechtsanspruch besteht.⁵⁵ Der nachzugswillige Ausländer muss die Passpflicht gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 4 AufenthG i.V.m. § 3 AufenthG erfüllen und mit dem korrekten Visum im Sinne des § 5 Abs. 2 S. 1 AufenthG i.V.m. § 6 Abs. 3 AufenthG nach Deutschland einreisen.⁵⁶

Neben dem § 5 AufenthG sind die Grundsätze und allgemeinen Voraussetzungen des § 27 AufenthG anzuwenden. Allein aus § 27 AufenthG ergibt sich laut Nr. 27.0.1 VwV-AufenthG aber kein Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis. Durch § 27 AufenthG wird das Grundrecht auf den Schutz der Ehe gemäß Art. 6 Abs. 1 GG konkretisiert. Zudem wird verdeutlicht, dass eine Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen eine zwingende Berücksichtigung des genannten Menschenrechts erfordert und dieses bei jeder Ermessensentscheidung zu berücksichtigen ist.⁵⁷ Durch den Familiennachzug soll gemäß § 27 Abs. 2 AufenthG „die Herstellung und

⁵⁵ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 94.

⁵⁶ Siehe S. 16 f.

⁵⁷ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 203 f.

Wahrung einer lebenspartnerschaftlichen Gemeinschaft“ ermöglicht werden. Von einer solchen Gemeinschaft kann gesprochen werden, wenn eine Beistands- oder Betreuungsgemeinschaft im Sinne des Art. 6 Abs. 1 GG vorliegt. Bei Ehegatten ist dies in Form einer ehelichen Lebensgemeinschaft, und somit einer dauerhaften gegenseitigen Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft gegeben. Hierfür wird ein engerer Kontakt als zwischen Freunden vorausgesetzt. Auf ein Zusammenleben kann auf Grund besonderer Umstände verzichtet werden, wenn dennoch ein gemeinsamer Lebensmittelpunkt besteht. Haben sich zwei Ehegatten zur kurzfristigen Trennung entschlossen, liegt solange eine eheliche Lebensgemeinschaft vor, wie die realistische Möglichkeit zur Wiederherstellung des Zusammenlebens in der Ehe besteht. Ist jedoch der eindeutige Scheidungswille beider Ehegatten vorhanden, oder handelt es sich um eine Trennung nach § 1566 Abs. 1 BGB, so kann von keiner ehelichen Lebensgemeinschaft gesprochen werden, die gemäß Art. 6 Abs. 1 GG zu schützen wäre.⁵⁸ Ebenso wenig kann von einer ehelichen Lebensgemeinschaft gesprochen werden, wenn ein Mann und eine Frau ohne eine Eheschließung zusammen leben oder verlobt sind⁵⁹. Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften sind zwar nicht von der ursprünglichen Absicht des Art. 6 Abs. 1 GG umfasst, diese Grundrecht kann aber dahingehend ausgeweitet werden,⁶⁰ da die gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften durch das LPartG einer Ehe unter anderem auch aufenthaltsrechtlich gleichgestellt sind. Zur Durchführung eines Nachzugs des Lebenspartners gelten die gleichen Grundsätze wie beim Ehegattennachzug.⁶¹ In allen Fällen muss nach Ermessen entschieden werden, ob eine ausreichende familiäre Bindung zwischen dem nachzugswilligen Drittstaatsangehörigen und dem Zusammenführenden besteht. Bei einer rechtmäßig geschlossenen Ehe⁶² wird i.d.R. davon ausgegangen, dass es sich um eine schützenswerte familiäre Bindung im

⁵⁸ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 222 ff.

⁵⁹ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 226 f.

⁶⁰ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 204.

⁶¹ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 229.

⁶² Siehe dazu Kap. 0.

Sinne des Art. 6 Abs. 1 GG handelt. Doch auch hier muss jeweils der Einzelfall betrachtet werden, da eine formal-rechtlich geschlossene Verbindung nicht zwingend eine persönliche Verbundenheit auslöst.⁶³ Wurde die Ehe ausschließlich zum Zweck geschlossen, dass der Nachzugswillige nach Deutschland einreisen und sich hier aufhalten kann, so ist gemäß § 27 Abs. 1a Nr. 1 AufenthG kein Familiennachzug möglich. Bei einer solchen Scheinehe ist es nicht Ziel und gemeinsamer Wille der Ehegatten, eine eheliche Lebensgemeinschaft zu führen.⁶⁴ Ebenso ist auch die Zwangsehe vom Familiennachzug ausgeschlossen. Eine solche liegt gemäß § 27 Abs. 1a Nr. 2 AufenthG dann vor, wenn mindestens einer der beiden Ehegatten zur Eheschließung gezwungen wurde, und diesem durch Drohung oder Gewalt keine Möglichkeit zum Ablehnen der Eheschließung eingeräumt wurde.⁶⁵ Ein Familiennachzug ist nach § 27 Abs. 3 S. 1 AufenthG auch dann nicht möglich, wenn der in Deutschland lebende Zusammenführende für sich oder seine Familien- und Haushaltsangehörigen Sozialleistungen nach dem SGB II oder dem SGB XII erhält. Dies verstärkt die Voraussetzung des § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG zur allgemeinen Sicherung des Lebensunterhalts.⁶⁶ § 27 Abs. 3 S. 2 AufenthG bekräftigt die Voraussetzung des § 5 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG.⁶⁷ Grund für diese Regelung ist Art. 6 FamRL, wonach die öffentliche Sicherheit und Ordnung, sowie die öffentliche Gesundheit, dem Nachzug eines Familienangehörigen vorgehen.⁶⁸

Bei dem Antrag eines Drittstaatsangehörigen, der zu seinem ausländischen Ehegatten nach Deutschland nachziehen möchte, sind zum § 27 AufenthG die §§ 29 und 30 AufenthG hinzuzuziehen.

§ 29 AufenthG enthält spezielle Voraussetzungen, die für den Nachzug eines Familienangehörigen zu einem in Deutschland lebenden Ausländer gelten. Diese Voraussetzungen gehen jenen der §§ 5 und 27 AufenthG vor.

⁶³ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 220 f.

⁶⁴ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 224.

⁶⁵ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 226.

⁶⁶ Siehe dazu Kap. 0. 0. 0.

⁶⁷ Siehe oben.

⁶⁸ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 210.

Die erste Voraussetzung nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG besagt, dass der Stammberechtigte im Besitz einer der genannten Aufenthaltstitel, wie beispielsweise einer Aufenthaltserlaubnis sein muss. Dieser Aufenthaltstitel muss zum Zeitpunkt der Aufenthaltsgewährung des Nachzugswilligen gültig sein, und es darf diesbezüglich kein Widerruf und auch keine Ausweisung vorliegen.⁶⁹ Die zweite im § 29 Abs. 1 Nr. 2 genannte Voraussetzung ist das Vorhandensein eines ausreichenden Wohnraumes.⁷⁰

§ 30 AufenthG stellt die Rechtsgrundlage für den Ehegattennachzug zu Flüchtlingen dar. Hier sind die besonderen Voraussetzungen geregelt, die vorrangig zu den bereits genannten Voraussetzungen der §§ 5, 27 und 29 AufenthG erfüllt sein müssen.⁷¹ So ist es für einen Ehegattennachzug grundsätzlich erforderlich, dass gemäß § 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 und 2 AufenthG beide Ehegatten zum Nachzugszeitpunkt mindestens 18 Jahre alt sind⁷² und der Nachzugswillige einfache deutsche Sprachkenntnisse besitzt⁷³. Zusätzlich muss der Zusammenführende, einen der in § 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 genannten Aufenthaltstitel besitzen. Gemäß § 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 c) ist diese Bedingung erfüllt, wenn der Zusammenführende als Flüchtling im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 oder 2 AufenthG ist. Liegen bei einem nachzugswilligen Drittstaatsangehörigen alle Voraussetzungen zum Ehegattennachzug vor, so kann ihm nach § 30 Abs. 4 AufenthG dennoch keine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn der Zusammenführende bereits mit einem Ehegatten in Deutschland lebt. Zwar ist eine nach ausländischem Recht zulässigerweise geschlossene Mehrehe, die nach jenem nicht als sittenwidrig angesehen wird und aus der familiäre Bindungen vorgehen, allgemein rechtlich geschützt, sie fällt jedoch nicht unter den ehelichen Schutz des Art. 6 Abs. 1 GG.⁷⁴ Diese Regelung steht gemäß Art. 4 Abs. 4 FamRL im Einklang mit dem europäischen Recht.

⁶⁹ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 231.

⁷⁰ Siehe dazu Kap. 0. 0. b).

⁷¹ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 238.

⁷² Siehe dazu Kap. 0. 0. c).

⁷³ Siehe dazu Kap. 0. 0. d).

⁷⁴ Vgl. *Huber*, § 30 AufenthG, Rn. 29.

a) Lebensunterhalt

Art. 7 FamRL erlaubt es den Staaten der EU, für den Familiennachzug Regelungen bezüglich einer ausreichenden Krankenversicherung, über feste und regelmäßige Einkünfte und betreffend der Deckung des Lebensunterhalts, ohne die Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen, zu treffen. Im deutschen Recht stellt der gesicherte Lebensunterhalt gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG eine allgemeine Voraussetzung für die Erteilung jeglicher Aufenthaltstitel dar. Zudem schreibt § 27 Abs. 3 S. 1 AufenthG vor, dass beim Familiennachzug der Zusammenführende keine Leistungen nach SGB II oder SGB XII für sich, sowie seine Familien- und Haushaltsangehörigen, erhalten muss. Von der Voraussetzung des gesicherten Lebensunterhaltes kann keine Ausnahme auf Grund von Ermessen erteilt werden.⁷⁵

Es soll verhindert werden, dass Ausländer nach Deutschland einreisen, um hier von öffentlichen Leistungen zu leben.⁷⁶ § 2 Abs. 3 AufenthG definiert den Begriff des gesicherten Lebensunterhalts. Von einem solchen kann gesprochen werden, wenn der Lebensunterhalt und ein ausreichender Krankenversicherungsschutz „ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel“ bestritten werden kann. Nicht als öffentliches Mittel zu bezeichnen sind: Kindergeld, Kinderzuschlag, Erziehungsgeld, Elterngeld und „Leistungen der Ausbildungsförderung“. Außerdem sind Leistungen, die auf vorherigen Beitragsleistungen beruhen, oder die für die Ermöglichung des Aufenthalts in Deutschland gewährt werden, ebenso wie „Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz“, keine öffentlichen Mittel. Es ist erlaubt, den Lebensunterhalt ausschließlich durch die genannten Leistungen zu sichern. Ausreichender Krankenversicherungsschutz ist vorhanden, sobald die betreffende Person gesetzlich krankenversichert ist. Beim Ehegattennachzug sind zu der Ermittlung des gesicherten Lebensunterhaltes auch alle „Beiträge der Familienangehörigen zum Haushaltseinkommen“ zu berücksichtigen. Der Lebensunterhalt kann zusätzlich zu den genannten Leistungen

⁷⁵ Vgl. *Hailbronner, Asyl-/Ausländerrecht*, S. 91.

⁷⁶ Vgl. *Hailbronner, Asyl-/Ausländerrecht*, S. 216.

auch durch eine eigene Erwerbstätigkeit oder durch eigenes Vermögen gedeckt werden. Als eigene Erwerbstätigkeit des Zusammenführenden werden Beschäftigungen anerkannt, die nicht bereits gekündigt und entweder unbefristet oder verlängerbar sind. Ebenso kann eine Prognose zur Dauer der Erwerbstätigkeit unter der Einbeziehung bisheriger Erwerbstätigkeiten erstellt werden. Hiermit soll erreicht werden, dass der Zusammenführende und seine Familienangehörigen auf Dauer ohne Sozialleistungen leben können.⁷⁷ Ob der Lebensunterhalt auf Dauer gesichert ist, muss durch die erstellte Prognose, die privaten Umstände, das öffentliche Interesse, sowie die Grund- und Menschenrechte nach Ermessen entschieden werden.⁷⁸ Ausnahmsweise kommt der Nachzug zu einem Arbeitslosen in Betracht, wenn der Nachziehende Ehegatte den Lebensunterhalt der kompletten in Deutschland lebenden Familie, einschließlich seines eigenen Lebensunterhalts decken kann. Dies ist dann der Fall, wenn er in Deutschland eine Erwerbstätigkeit mit ausreichendem Einkommen in Aussicht hat.⁷⁹

Es ist umstritten, ob der Lebensunterhalt durch alleinige freiwillige Leistungen Dritter gesichert ist, da die Sicherung des Lebensunterhaltes i.d.R. aus eigener Kraft erfolgen soll. Ebenso sind die Leistungen Dritter, insbesondere im Hinblick auf ihre Beständigkeit, mit hohen Unsicherheiten und Risiken behaftet. Deshalb können sie nur ausnahmsweise zur Sicherung des Lebensunterhalts herangezogen werden, wenn ein Schuldversprechen des Dritten gemäß § 780 BGB oder eine Verpflichtungserklärung im Sinne des § 68 AufenthG vorliegt.⁸⁰

Von einem gesicherten Lebensunterhalt kann im Sinne des § 27 Abs. 3 S. 1 AufenthG dann gesprochen werden, wenn der Zusammenführende für sich, sowie seine Familien- und Haushaltsangehörigen keinen Anspruch auf Sozialleistungen hat. Die Bestimmung eines Anspruchs ergibt sich aus dem SGB II, bzw. insbesondere ab Überschreiten der in § 7a SGB II festgelegten

⁷⁷ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 91 f.

⁷⁸ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 230.

⁷⁹ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 216.

⁸⁰ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 92 f.

Altersgrenze, aus dem SGB XII. Zur Anspruchsfeststellung werden der jeweilige Bedarf und die vorhandenen Mittel miteinander verglichen.⁸¹ Hierbei sind alle Verhältnisse der Familien- und Haushaltsangehörigen innerhalb der Bedarfsgemeinschaft gemäß § 9 Abs. 1 und 2 SGB II i.V.m. § 7 Abs. 3 SGB II oder im Sinne der gleichwertigen Vorschriften des SGB XII zu berücksichtigen. Bei besonderen Umständen kann hiervon abgewichen werden. Als Bedarf werden die Regelsätze des § 20 SGB II bzw. der Anlage zu § 28 SGB XII zuzüglich des Krankenversicherungsschutzes und der Kosten für die Unterkunft herangezogen.⁸² Bei der Anspruchsberechnung muss abweichend von einer tatsächlich gewährten Sozialleistung beachtet werden, dass der Freibetrag für eine Erwerbstätigkeit gemäß § 11b SGB II nicht zum Nachteil des zuziehenden Ehegatten angerechnet werden darf.⁸³

Durch die Einbeziehung der Familien- und Haushaltsangehörigen in die Bedarfsberechnung soll vermieden werden, dass der Nachzug zu einer Gefährdung der Unterhaltssicherung für diejenigen Familienangehörigen führt, denen bisher Unterhalt geleistet worden ist. Es ist nicht relevant, ob die Sozialleistungen vom Zusammenführenden in Anspruch genommen werden, der alleinige Leistungsanspruch reicht zur Ablehnung eines Antrages zum Ehegattennachzug aus.⁸⁴ Dies ist bereits dann der Fall, wenn lediglich ein Anspruch auf aufstockende Leistungen besteht.⁸⁵

b) Wohnraum

In Art. 7 Abs. 1 a) FamRL ist den EU-Mitgliedstaaten die Regelung bezüglich des Vorhandenseins eines angemessenen Wohnraums im Rahmen der örtlich üblichen Bedingungen freigestellt. Der deutsche Gesetzgeber hat durch § 29 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG hiervon Gebrauch gemacht, wonach für

⁸¹ Vgl. *Dienelt*, S. XLVIV.

⁸² Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 91 f.

⁸³ Vgl. Urteil vom 16.11.2010 – 1 C 20/09, BVerwG, erhältlich unter <https://openjur.de/u/161944.html> (letzter Zugriff am 03.09.2016).

⁸⁴ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 230.

⁸⁵ Vgl. *Dienelt*, S. XLVIII f.

den Nachzug von Familienangehörigen zu in Deutschland lebenden Ausländern „ausreichender Wohnraum zur Verfügung stehen“ muss. Dieser unbestimmte Rechtsbegriff wird im § 2 Abs. 4 AufenthG definiert. Der Wohnraum muss dem einer öffentlich geförderten Sozialmietwohnung zur Unterbringung von Wohnungssuchenden entsprechen. Dabei hat die Wohnung „den auch für Deutsche geltenden Rechtsvorschriften hinsichtlich Beschaffenheit und Belegung“ gleichzukommen.

Unter Berücksichtigung des Art. 8 EMRK darf das Erfordernis des ausreichenden Wohnraumes die Familienzusammenführung nicht unverhältnismäßig beeinträchtigen. Deshalb können laut Nr. 2.4.1 VwVAufenthG keine Bedingungen bezüglich der Ausstattung und Wohnungsgröße verlangt werden, die über das örtliche Sozialwohnungsniveau hinausgehen. Ebenso können als Mindestgröße der Wohnung maximal die für Deutsche geltenden Maßstäbe herangezogen werden. Diese sind für Baden-Württemberg im allgemeinen Polizei- und Ordnungsrecht geregelt. Für die Berechnung der Größe des Wohnraumes werden im Sinne dessen alle aktuell in dieser Wohnung lebenden Personen ab zwei Jahren, sowie der nachzugswillige Ehegatte, berücksichtigt. Alle Familienangehörigen, die sich lediglich gelegentlich zum Besuch in der Wohnung aufhalten oder auch zu einem späteren Zeitpunkt eventuell wieder in die Wohnung mit einziehen werden, dürfen zur Berechnung der aktuell erforderlichen Wohnungsgröße nicht mit einbezogen werden.⁸⁶ Handelt es sich um eine abgeschlossene Wohnung der Familie, so kann die erforderliche Größe folgendermaßen berechnet werden: jeweils 10 m² für Personen zwischen zwei und sechs Jahren, sowie jeweils 12m² für Personen ab sieben Jahren. Zu der hierdurch errechneten Wohnungsgröße kommen noch die Nebenräume hinzu. Die errechnete Quadratmeterzahl darf um ca. zehn Prozent unterschritten werden. Lebt die Familie in keiner separaten Wohnung, was nach Nr. 2.4.0 VwV-AufenthG durchaus einer menschenwürdigen Wohnform entspricht, so müssen die Nebenräume mitbenutzt werden können und die Quadratmeterzahl ist auf

⁸⁶ Vgl. *Hofmann*, § 2 AufenthG, Rn. 25.

die von der Familie eigens genutzte Wohnfläche gemäß Nr. 2.4.2 VwV-AufenthG anzurechnen.

Gemeinschafts- oder Obdachlosenunterkünfte stellen laut Nr. 2.4.0 VwV-AufenthG-BaWü keinen ausreichenden Wohnraum dar. Ist bei der Antragstellung noch kein ausreichender Wohnraum vorhanden und wird dieser ab dem Nachzugszeitpunkt beispielsweise angemietet, so muss dies angegeben werden und findet Berücksichtigung bei der Entscheidung über den Antrag.⁸⁷

c) Volljährigkeit

In Art. 4 Abs. 5 FamRL ist europarechtlich festgelegt, dass die Mitgliedstaaten der EU ein Mindestalter von höchstens 21 Jahren, bzw. der in dem EU-Staat geltenden Volljährigkeit,⁸⁸ für den Ehegattennachzug festlegen können. In Deutschland wurde das Mindestalter beider Ehepartner in § 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AufenthG auf 18 Jahre festgelegt. Hierfür ist der Zeitpunkt ausschlaggebend, zu welchem dem nachziehenden Ehegatten die Aufenthaltserlaubnis erteilt wird.⁸⁹ Ab der Vollendung des achtzehnten Lebensjahres kann in Deutschland gemäß § 2 BGB von dem Vorliegen der Volljährigkeit gesprochen werden.

Für alle Personengruppen ist im Falle einer besonderen Härte gemäß § 30 Abs. 2 S. 1 AufenthG die Erteilung einer Ausnahme möglich. Ob bei Nichterteilung des Aufenthaltstitels eine besondere Härte eintreten würde, muss anhand des Einzelfalls geprüft⁹⁰ und nach Ermessen entschieden werden. Um dies zu bejahen, haben gemäß Nr. 30.2.1 VwV-AufenthG solch bedeutenden Umstände vorzuliegen, dass es nicht verhältnismäßig wäre, den Ehegattennachzug zu versagen.⁹¹

Es stellt sich die Frage, ob das Mindestalter von achtzehn Jahren dem Grundsatz des Art. 6 Abs. 1 GG widerspricht. Zum Erlasszeitpunkt des GG

⁸⁷ Vgl. *Hofmann*, § 2 AufenthG, Rn. 25.

⁸⁸ Vgl. *Bergmann / Dienelt*, § 30 AufenthG, Rn. 22.

⁸⁹ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 238 f.

⁹⁰ Vgl. *Bergmann / Dienelt*, § 30 AufenthG, Rn. 28.

⁹¹ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 238 f.

konnte eine Ehe grundsätzlich erst ab dem Alter von 21 Jahren eingegangen werden. Da das festgelegte Mindestalter zum Ehegattennachzug unterhalb dieser Altersgrenze liegt, ist davon auszugehen, dass dieses der im Art. 6 Abs. 1 GG geschützten Ehefreiheit nicht widerspricht. Ebenso ist zu beachten, dass Sinn und Zweck der Zuzugsbegrenzung nicht nur zur Verbesserung der Integration des Ausländers in Deutschland und der Vorbeugung von Scheinehen in jungen Jahren dient⁹², sondern dass dadurch auch das Eingehen von Zwangsehen vermieden werden soll.⁹³ Der Schutz vor Zwangsehen stellt ein bedeutendes Rechtsgut dar, da durch eine solche die Menschenrechte einer Person auf vielfältige Weise beeinträchtigt werden. So widerspricht eine Zwangsehe nicht nur der persönlichen Freiheit, körperlichen Unversehrtheit und der sexuellen Selbstbestimmung,⁹⁴ sondern auch der Eheschließungsfreiheit des Art. 6 Abs. 1 GG.⁹⁵ Ein milderer Mittel zur Vermeidung von Zwangsehen, gegenüber dem des Mindestalters, wäre eine einzelfallbezogene Prüfung der jeweiligen individuellen Umstände. Letztere würde jedoch an Art. 1 Abs. 1 GG und Art. 2 Abs. 1 GG scheitern. Somit kann insbesondere im Hinblick auf die geschützten Rechte schlussgefolgert werden, dass das i.d.R. erforderliche Mindestalter der Ehegatten von achtzehn Jahren nicht im Widerspruch zu den deutschen Grund- und Menschenrechten steht.⁹⁶

d) Sprachkenntnisse

Die FamRL schreibt europarechtlich die einfachen Sprachkenntnisse des Landes vor, in welches der Familiennachzug stattfinden soll.⁹⁷ Unter Beachtung dieser Richtlinie und Art. 6 Abs. 1 GG, sowie Art. 8 EMRK hat der deutsche Gesetzgeber die genannte Voraussetzung in nationales Recht umgesetzt.⁹⁸ § 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 AufenthG setzt für den Ehegattennach-

⁹² Vgl. *Bergmann / Dienelt*, § 30 AufenthG, Rn. 25 f.

⁹³ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 209 u. S. 238 f.

⁹⁴ Vgl. *Bergmann / Dienelt*, § 30 AufenthG, Rn. 27.

⁹⁵ Vgl. *Bergmann / Dienelt*, § 30 AufenthG, Rn. 21.

⁹⁶ Vgl. *Bergmann / Dienelt*, § 30 AufenthG, Rn. 27.

⁹⁷ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 210.

⁹⁸ Vgl. Urteil vom 30.03.2010, - 1 C 8/09, BVerwG, erhältlich unter <https://openjur.de/u/>

zug zu in Deutschland lebenden Ausländern voraus, dass sich der nachziehende Ehegatte mindestens „auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen“ kann. Bei allen Ausländern kann jedoch von der Sprachkenntnis abgesehen werden, wenn der nachziehende Ehegatte im Sinne des § 30 Abs. 1 S 3 Nr. 2 AufenthG aus körperlichen, geistigen oder seelischen Gründen nicht dazu in der Lage ist, die grundsätzlich geforderten Sprachkenntnisse zu erwerben. Außerdem kann auf die einfachen Sprachkenntnisse des nachziehenden Ehegatten gemäß § 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 3 AufenthG verzichtet werden, wenn dieser nach § 43 Abs. 4 AufenthG nur einen geringen Integrationsbedarf aufweist oder er keinen Anspruch auf die Teilnahme an einem Integrationskurs gemäß § 44 AufenthG hat. Ausländer, die eine Aufenthaltserlaubnis zum Familiennachzug bekommen, haben nach § 44 Abs. 1 S 1 Nr. 1b AufenthG jedoch immer ein Integrationskurs-Teilnahmerecht. Weiter kann auf die Voraussetzung der einfachen Sprachkenntnisse gemäß § 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 6 AufenthG verzichtet werden, wenn dem nachziehenden Ehegatten die Erlangung der Sprachkenntnisse wegen besonderer Umstände nicht möglich oder unzumutbar ist. Dadurch soll verhindert werden, dass der Nachzug auf Grund von Integrationsmaßnahmen ausgeschlossen wird, die wegen besonderen persönlichen Gründen oder Umständen im Heimatland nicht durchgeführt werden können.⁹⁹ So ist von den einfachen Sprachkenntnissen grundsätzlich abzugehen, wenn Bemühungen zum Erwerb der Sprache über die Dauer von mindestens einem Jahr erfolglos vorlagen. Ebenso ist eine Ausnahme zu erteilen, wenn der Spracherwerb dem Ausländer vor seiner Einreise nicht zugemutet werden kann, beispielsweise auf Grund eines fehlenden Sprachkursesangebots, eines zu hohen Sicherheitsrisikos oder zu hoher Kosten. In diesem Fall ist die Erlangung der einfachen Sprachkenntnisse in Deutschland nachzuholen.¹⁰⁰

162659.html
(letzter Zugriff am 10.09.2016).

⁹⁹ Vgl. Urteil vom 09.07.2015 – C 153/14, EuGH, erhältlich unter <http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=165654&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1>
(letzter Zugriff am 07.09.2016).

¹⁰⁰ Vgl. *Dienelt*, S. XIX f.

Die Bezeichnung der „einfachen deutschen Sprachkenntnisse“ ist im § 2 Abs. 9 AufenthG definiert. Hier wird das Sprachniveau A 1 gemäß des GER vorgeschrieben. Dieses Niveau umfasst laut Nr. 30.1.2.1 VwV-AufenthG insbesondere eine einfache Verständigung bei alltäglichen und vertrauten Themen. Dadurch soll die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben des nachziehenden Ausländers in Deutschland verbessert werden. Ebenso ist es Ziel der Sprachkenntnisse, Zwangsehen entgegen zu wirken. Die Kosten für den Sprachnachweis müssen vom Antragsteller selbst getragen werden.¹⁰¹

III. Besondere Voraussetzungen bei Ausländern mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 und 2 AufenthG

Im Gegensatz zu den meisten Ausländern sind Flüchtlinge darauf angewiesen, in dem EU-Staat zu bleiben, der ihnen Schutz gewährt. Die einzige Möglichkeit zum ehelichen Zusammenleben besteht deshalb für in Deutschland aufenthaltsberechtigte Flüchtlinge i.d.R. ausschließlich in Deutschland. Aus diesem Grund müssen für Flüchtlinge erleichterte, den Deutschen nahezu identische Bedingungen, zur Herstellung der ehelichen Lebensgemeinschaft gelten, um nicht gegen das Menschenrecht des Art. 6 Abs. 1 GG zu verstoßen.¹⁰²

Für die Flüchtlinge können unter bestimmten Umständen zusätzliche Ausnahmen von den Voraussetzungen zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für den Ehegattennachzug gemacht werden. Diese Privilegierung ist in Art. 12 Abs. 1 FamRL verankert. Flüchtlinge sollen von den Erfordernissen des ausreichenden Wohnraums, der Sicherung des Lebensunterhalts einschließlich des Krankenversicherungsschutzes und den Integrationsmaßnahmen befreit werden, wenn die familiäre Lebensgemeinschaft nicht in einem anderen Drittstaat, zu dem einer der Ehegatten eine besondere Bindung hat, hergestellt werden kann. Haben die Ehegatten den Antrag zum Familiennachzug nicht innerhalb von drei Monaten nach der Erteilung der

¹⁰¹ Vgl. Hailbronner, Asyl-/Ausländerrecht, S. 239.

¹⁰² Vgl. Hailbronner, Asyl-/Ausländerrecht, S. 232 f.

Aufenthaltserlaubnis des Zusammenführenden gestellt, kann darüber im Ermessen entschieden werden. Diese Regelung der FamRL wurde durch das AufenthG in nationales Recht umgesetzt.

So können unter bestimmten Umständen für die in § 29 Abs. 2 S. 1 AufenthG genannten Personengruppen von einigen grundsätzlichen Voraussetzungen zum Ehegattennachzug abgesehen werden. Hierunter fallen unter anderem die Asylberechtigten nach § 25 Abs. 1 AufenthG, die anerkannten Flüchtlinge und die subsidiär Schutzberechtigten im Sinne des § 25 Abs. 2 AufenthG. Für Ehegatten dieser Ausländer ist im Ermessen zu entscheiden, ob von den Voraussetzung des gesicherten Lebensunterhalts nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG und des ausreichenden Wohnraums gemäß § 29 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG abgesehen wird. Bei der Ermessensentscheidung ist besonders laut Nr. 29.2.1 VwV-AufenthG zu berücksichtigen, dass die Familienzusammenführung auf Grund der Verfolgung nicht in dem Herkunftsstaat des Zusammenführenden stattfinden kann. Ebenso ist in die Entscheidung mit einzubeziehen, in welcher Weise sich der Zusammenführende bereits um die Sicherung des Lebensunterhalts z.B. durch die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und um die Bereitstellung eines ausreichenden Wohnraumes gekümmert hat.¹⁰³ Weiter muss die Abwägung der besonderen Umstände, unter Beachtung der Art. 6 Abs. 1 GG und Art. 8 EMRK, durchgeführt werden.¹⁰⁴

Sind zusätzlich zu einem der genannten Aufenthaltstitel des Zusammenführenden die weiteren Voraussetzungen des § 29 Abs. 2 S. 2 AufenthG erfüllt, dann ist eine solche Ausnahme zwingend zu erteilen. Gemäß § 29 Abs. 2 S. 2 Nr. 1 AufenthG muss dazu der Antrag für den Ehegattennachzug innerhalb von spätestens drei Monaten nach der Ausstellung der Aufenthaltserlaubnis des Flüchtlings gestellt werden.¹⁰⁵ Außerdem darf nach § 29 Abs. 2 S. 2 Nr. 2 AufenthG keine Möglichkeit dazu bestehen, die „familiäre Lebensgemeinschaft in einem Staat, der nicht Mitgliedstaat der Europäischen

¹⁰³ Vgl. *Kluth / Heusch*, § 29 AufenthG, Rn. 5.

¹⁰⁴ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 92.

¹⁰⁵ Siehe dazu Kap. E. II.

Union ist und zu dem der Ausländer oder seine Familienangehörigen eine besondere Bindung haben“, herzustellen. Unter den genannten Umständen ist zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für einen nachziehenden Ehegatten laut § 29 Abs. 2 S. 1 AufenthG i.V.m. § 5 Abs. 1 Nr. 1 und § 29 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG von dem Erfordernis des gesicherten Lebensunterhaltes und dem ausreichenden Wohnraum zwingend abzugehen. Liegen die genannten Umstände vor und sind keine Sonstigen, für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis zum Ehegattennachzug erforderlichen Voraussetzungen tangiert, hat der im Ausland lebende Ehegatte einen Rechtsanspruch auf Erteilung der beantragten Aufenthaltserlaubnis.¹⁰⁶ Zu beachten ist hierbei, dass die dreimonatige Frist in allen Fällen mit der Bekanntgabe des Anerkennungsbescheides durch das BAMF zu laufen beginnt.¹⁰⁷

Nach Art. 12 Abs. 2 FamRL gilt zur Familienzusammenführung keine Mindestaufenthaltsdauer des zusammenführenden Flüchtlings in Deutschland und der Zeitpunkt der Eheschließung ist unerheblich.¹⁰⁸ Ebenso dürfen gemäß der FamRL bei den Ehegatten von Flüchtlingen keine Integrationsmaßnahmen zwingend erforderlich sein.¹⁰⁹ Deshalb wird von der Bedingung der einfachen Sprachkenntnisse zusätzlich zu den bereits genannten Ausnahmen¹¹⁰ abgewichen, wenn der Zusammenführende die Voraussetzungen des § 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 1 AufenthG erfüllt. Dies trifft unter anderem zu, wenn er eine Aufenthaltserlaubnis als Asylberechtigter gemäß § 25 Abs. 1 AufenthG, anerkannter Flüchtling oder subsidiär Schutzberechtigter nach § 25 Abs. 2 AufenthG hat. Eine der hier genannten Voraussetzungen des in Deutschland lebenden Ehegatten reicht alleine jedoch nicht aus. In allen Fällen ist es zusätzlich zwingend erforderlich, dass die Ehe schon vor der Einreise des Zusammenführenden nach Deutschland geschlossen wurde. Durch diese Ausnahmeregelung wird die Vorgabe des Art. 7 Abs. 2 FamRL

¹⁰⁶ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 232 f.

¹⁰⁷ Vgl. Urteil vom 27.02.2015 – 7 B 29/14, OVG Berlin-Brandenburg, erhältlich unter <https://openjur.de/u/767331.html> (letzter Zugriff am 03.09.2016).

¹⁰⁸ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 240 f.

¹⁰⁹ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 210.

¹¹⁰ Siehe dazu Kap. 0. 0. d).

erfüllt, dass beim Familiennachzug zu Flüchtlingen erst nach der Zusammenführung Integrationsmaßnahmen zwingend verlangt werden dürfen.

E. Verfahren

Zur Durchführung des Ehegattennachzugverfahrens im Sinne des § 30 AufenthG, müssen die allgemeinen Vorschriften des AufenthG bezüglich der Zuständigkeit und des Verfahrens gemäß §§ 71 ff. AufenthG eingehalten werden.¹¹¹ Diese Vorschriften betreffen sowohl den nachzugswilligen Ehegatten, als auch alle beteiligten deutschen Behörden im In- und Ausland.

I. Zuständige Behörde

Zur korrekten Durchführung des Nachzugsverfahrens ist es erforderlich, dass die einzelnen Schritte durch die jeweils zuständigen Behörden durchgeführt werden. Da für den Ehegattennachzug nach § 30 AufenthG grundsätzlich ein Visum und eine Aufenthaltserlaubnis erforderlich sind, müssen die Zuständigkeitsregelungen für beide Aufenthaltstitel betrachtet werden. In einem ersten Schritt muss die jeweils sachlich zuständige Behörde festgelegt werden. Daraufhin wird die örtlich zuständige Behörde bestimmt.

Für die Erteilung des Visums zur Einreise nach Deutschland ist gemäß Art. 5 Abs. 1 a) Visakodex der deutsche Staat zuständig. Demnach ergeben sich die genauen sachlichen und örtlichen Zuständigkeitsregelungen nach deutschem Recht.

a) Sachliche Zuständigkeit

Für Pass- und Visaangelegenheiten im Ausland sind gemäß § 71 Abs. 2 AufenthG „die vom Auswärtigen Amt ermächtigten Auslandsvertretungen zuständig.“ Sowohl Schengen-Visen, als auch nationale Visen werden für im Ausland lebende Ausländer laut Nr. 71.2.1 VwV-AufenthG von den diplomatischen oder berufskonsularischen Vertretungen im Ausland ausgestellt. Von dem Auswärtigen Amt befugte Auslandsvertretungen sind deutsche Botschaften, Konsulate und Generalkonsulate.¹¹² Da mit dem Ziel des Ehegattennachzugs eine 90 Tage überschreitende Aufenthaltsdauer in Deutschland angestrebt wird, muss nach § 31 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AufenthG

¹¹¹ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 110.

¹¹² Siehe dazu Kap. C. II.

die jeweils zuständige Ausländerbehörde der Erteilung des nationalen Visums zustimmen.

§ 71 Abs. 1 S. 1 AufenthG schreibt vor, dass für alle „aufenthalts- und passrechtliche[n] Maßnahmen und Entscheidungen“ die Ausländerbehörden zuständig sind. Die Regierungen der Länder oder von ihnen beauftragten Stellen können nach § 71 Abs. 1 S. 2 AufenthG Einschränkungsregelungen hierzu treffen. Von der Landesregierung Baden-Württembergs wurden in der AAZuVO Regelungen zur Einschränkung der sachlichen Zuständigkeit getroffen. So besagt § 4 Abs. 1 AAZuVO, dass die sachliche Zuständigkeit i.d.R. bei den unteren Ausländerbehörden liegt. Die in § 4 Abs. 2 bis 3 AAZuVO und §§ 5 ff. AAZuVO genannten besonderen Zuständigkeitsregelungen betreffen nicht die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Ehegattennachzug. Untere Ausländerbehörde ist demzufolge nach § 2 S. 1 Nr. 3 AAZuVO grundsätzlich die untere Verwaltungsbehörde. Untere Verwaltungsbehörde ist laut § 15 Abs. 1 LVG das jeweilige Landratsamt des Landkreises oder i.V.m. § 19 LVG die Große Kreisstadt. Ebenso können untere Verwaltungsbehörden die in § 17 LVG genannten Verwaltungsgemeinschaften sein. In allen Stadtkreisen stellen die unteren Verwaltungsbehörden die Gemeinden dar. Jedoch können nicht alle unteren Verwaltungsbehörden im Sinne des LVG auch untere Ausländerbehörden sein. So sind gemäß § 2 S. 1 Nr. 3 AAZuVO alle in § 17 LVG genannten Verwaltungsgemeinschaften ausgeschlossen, wenn zu ihnen keine Große Kreisstadt gehört. Außerdem sind zwei Ausnahmefälle für die Landkreise Göppingen und Biberach in § 2 S. 2 AAZuVO genannt.

Unterschiedliche Aufgaben im Nachzugsverfahren, die nicht unter die übliche Zuständigkeitsregelung fallen, werden zum Teil von anderen Behörden übernommen, wie beispielsweise gemäß § 71 Abs. 6 AufenthG die Passanerkennung durch das BMI.

b) Örtliche Zuständigkeit

Für die Visumserteilung örtlich zuständig ist gemäß Nr. 71.2.1 VwV-AufenthG die deutsche Botschaft, das deutsche Konsulat oder das deutsche

Generalkonsulat, in dessen Amtsbezirk der ausländische Staatsangehörige seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Erteilt die örtlich zuständige Auslandsvertretung kein Visum, oder ist diese geschlossen, sind die Vertretungsregelungen zu beachten.¹¹³

Für die örtliche Zuständigkeit der unteren Ausländerbehörde liegt die Regelungsbefugnis bei den Ländern, wenn in den Gesetzen und Vorschriften des Bundes keine Regelungen vorhanden sind. Dies ist in Bezug auf die örtliche Zuständigkeit der Fall, weshalb in diesem Zusammenhang von den Ländern Anweisungen erlassen werden können.¹¹⁴ Eine Regelung zur örtlichen Zuständigkeit hat das Land Baden-Württemberg in der AAZuVO festgelegt. Die örtliche Zuständigkeit liegt gemäß § 3 Abs. 1 S. 1 AAZuVO in dem Dienstbezirk der Ausländerbehörde, in dem der gewöhnliche Aufenthalt des Ausländers nach der Aufenthaltsgewährung liegen soll. Es ist beim Ehegattennachzug davon auszugehen, dass der geplante Aufenthaltsort dem gewöhnlichen Aufenthalt des Zusammenführenden entspricht, soweit nichts Gegenteiliges angegeben wird.

II. Antragstellung

Zur Erteilung eines Aufenthaltstitels ist die Antragstellung des Ausländers gemäß § 81 Abs. 1 AufenthG erforderlich, wenn keine speziellere, hiervon abweichende Regelung vorliegt. Für den Ehegattennachzug zu Flüchtlingen muss ein Antrag auf Visumserteilung gemäß Art. 7 Visakodex, oder sofern die Erlaubnis nach § 39 Nr. 3 AufenthV hierzu besteht, ein Antrag auf die direkte Erteilung der Aufenthaltserlaubnis gestellt werden.¹¹⁵ Ein solcher Antrag stellt eine Willenserklärung nach § 133 BGB dar und muss nach dem tatsächlichen Willen des Antragstellers ausgelegt werden.¹¹⁶ Das eventuelle Recht auf den Ehegattennachzug entsteht dadurch erst durch

¹¹³ Vgl. <https://www.familiennachzug-visum.de/antragsformulare/visumsantrag> (letzter Zugriff am 09.09.2016).

¹¹⁴ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 27.

¹¹⁵ Vgl. *Kluth / Heusch*, § 29 AufenthG, Rn. 7.

¹¹⁶ Vgl. *Hofmann*, § 6 AufenthG, Rn. 22.

die Willensäußerung eines Ehegatten in Form der Antragstellung.¹¹⁷ Die Antragstellung zum Ehegattennachzug kann gemäß § 29 Abs. 2 S. 3 AufenthG auch durch den in Deutschland lebenden Ehegatten erfolgen.

Zur Antragstellung ist zu beachten, dass der Ausländer handlungsfähig im Sinne des § 80 AufenthG sein muss. Die Handlungsfähigkeit ist nach § 80 Abs. 1 AufenthG und § 80 Abs. 3 S. 1 AufenthG i.V.m. § 2 BGB i.d.R. ab der Vollendung des achtzehnten Lebensjahres gegeben, soweit keine Geschäftsunfähigkeit nach § 104 Nr. 2 BGB vorliegt. Minderjährige Ausländer ab sechzehn Jahren sind gemäß Nr. 80.1 VwV-AufenthG ebenfalls dazu berechtigt, selbständig Anträge zum Ehegattennachzug zu stellen.

Nach Antragstellung eines Ausländers sind von den zuständigen Behörden verschiedene Verfahrensweisen zu beachten und vom Ausländer selbst muss an der Durchführung des Prüfverfahrens mitgewirkt werden.

a) Deutsche Auslandsvertretungen und deutsche Ausländerbehörden

Innerhalb seines Zuständigkeitsbereichs hat jedes Land selbständig die Prüfung der Visumsanträge durchzuführen. Hierfür muss es nach Art. 38 Abs. 1 Visakodex geeignete Personen zur Verfügung stellen. Den Staaten ist es erlaubt, im Rahmen des Art. 43 Visakodex Aufgaben an externe Dienstleister zu vergeben. Ebenso dürfen die Länder gemäß Art. 45 Visakodex mit gewerblichen Mittlerorganisationen zusammen arbeiten.¹¹⁸

Stellt ein Ausländer den Antrag auf Ehegattennachzug bei einer örtlich unzuständigen Behörde, so hat ihm die unzuständige Behörde den Antrag nach Art. 18 Abs. 2 Visakodex wieder zurückzugegeben und ihm die zuständige Behörde zu nennen. Ist die deutsche Auslandsvertretung, bei der ein Antrag auf Ehegattennachzug eingereicht wird sachlich und örtlich hierfür zuständig, hat sie in einem ersten Schritt die Voraussetzungen des Art. 19 Abs. 1 Visakodex zu prüfen. Liegen die Voraussetzungen vor, so wird

¹¹⁷ Vgl. Hailbronner, Asyl-/Ausländerrecht, S. 219 f.

¹¹⁸ Vgl. Hofmann, § 6 AufenthG, Rn. 24 ff.

der Antrag nach Art. 19 Abs. 2 Visakodex entgegengenommen. Sind die Bedingungen jedoch nicht erfüllt, muss die zuständige Behörde gemäß Art. 19 Abs. 3 Visakodex, den Antrag an den Antragsteller zurückgeben und von einer weiterer Prüfung absehen. Ausnahmen hiervon können beispielsweise auf Grund eines familiären Notfalls im Sinne des Art. 19 Abs. 4 Visakodex erteilt werden.¹¹⁹ Wird der Antrag entgegengenommen, so hat die Behörde den Ausländer gemäß § 82 Abs. 3 AufenthG auf seine Rechte und Pflichten hinzuweisen. Die zuständige deutsche Auslandsvertretung kann die persönliche Vorsprache des Ausländers bei einer in § 82 Abs. 4 S. 1 AufenthG genannten Behörde verlangen. Ebenso kann dem Ausländer eine eventuell erforderliche ärztliche Untersuchung zur Reisefähigkeit angeordnet werden. Kommt der Ausländer einer solchen Verpflichtung nicht nach, so besteht diesbezüglich, unter Berücksichtigung von § 40 Abs. 1 und 2, § 41 und § 42 Abs. 1 S. 1 und 3 BPolG, die Durchführung einer Zwangsmaßnahme. Ebenso kann die zuständige Behörde von dem Ausländer die Vorlage eines Lichtbildes nach § 82 Abs. 5 AufenthG verlangen oder selbst ein solches aufnehmen. Sie darf auch Fingerabdrücke des Ausländers abnehmen. Es ist den zuständigen Behörden erlaubt, sowohl das Lichtbild, als auch die Fingerabdrücke in den beantragten Aufenthaltstitel einzuarbeiten und zur späteren Identitätsfeststellung des Ausländers zu verarbeiten und zu nutzen. Weiter ist die deutsche Auslandsvertretung dazu berechtigt, dem Ausländer nach § 82 Abs. 1 AufenthG eine Frist zur Nachreichung relevanter Unterlagen zu setzen, soweit dieser bei der Antragstellung nicht selbstständig alle zur Antragsbearbeitung relevanten Unterlagen eingereicht hat. Setzt die Behörde eine solche Frist, so muss sie die vorzulegenden Unterlagen exakt benennen und ihm bekannt machen, welche Folgen eine Fristversäumnis hat. Reicht ein Ausländer die Unterlagen erst nach der genannten Frist ein, ist nach Ermessen zu entscheiden, ob diese dennoch berücksichtigt werden. Die deutsche Auslandsvertretung kann einen anderen Schengen-Staat gemäß Art. 22 Visakodex bei der Entscheidung über den

¹¹⁹ Vgl. *Hofmann*, § 6 AufenthG, Rn. 22.

Visumsantrag hinzuziehen. Dies ist dann erforderlich, wenn entsprechende Eintragungen im Visa-Informationssystem ersichtlich sind.¹²⁰

Zur Erteilung eines Visums müssen die in Art. 21 Visakodex genannten materiellen Voraussetzungen erfüllt sein. Die Ablehnung eines Antrags durch die Auslandsvertretung ist jedoch nur dann möglich, wenn eine Voraussetzung des Art. 32 Visakodex gegeben ist. Auf Grund von Visumerleichterungsabkommen sind in einigen Fällen Ausnahmen von den formellen Voraussetzungen zu machen.¹²¹

Aufgabe der beteiligten zuständigen Ausländerbehörde ist es, die Voraussetzungen zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Ehegattennachzug zu prüfen.¹²² Eine besondere Herausforderung ist hierbei das Erkennen von Schein- und Zwangsehen, welche den Ehegattennachzug laut § 27 Abs 1a AufenthG unmöglich machen.¹²³ Die Gefahr dabei ist es, dass die Ausländerbehörde in jedem Fall das Vorliegen einer solchen Ehe prüft, ohne konkrete Anhaltspunkte hierfür zu haben, und ohne Art. 1 Abs. 1 GG und Art. 2 Abs. 1 GG zu beachten.¹²⁴ Liegen schwere Anhaltspunkte für eine Schein- oder Zwangsehe vor, so kann von der Ausländerbehörde oder der deutschen Auslandsvertretung eine genauere Prüfung unter Wahrung der Grund- und Menschenrechte eingeleitet werden. Bestätigen sich dabei die Anhaltspunkte, dann kann das Visum und die Aufenthaltserlaubnis versagt werden, sofern es dem Ausländer selbst nicht möglich ist, diese Anhaltspunkte zu widerlegen.¹²⁵

In allen Handlungen der zuständigen Behörden haben diese den Datenschutz nach §§ 86 ff. AufenthG zu wahren.

¹²⁰ Vgl. *Hofmann*, § 6 AufenthG, Rn. 29.

¹²¹ Vgl. *Hofmann*, § 6 AufenthG, Rn. 32 f.

¹²² Siehe dazu Kap. 0.

¹²³ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 224.

¹²⁴ Vgl. *Dienelt*, S. XVIII.

¹²⁵ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 224 f.

b) Mitwirkungspflicht

Der nachzugswillige Ausländer ist im Verfahren des Ehegattennachzugs zur Mitwirkung verpflichtet. Er hat maximal drei Monate vor seiner geplanten Einreise den Antrag auf Visumserteilung im Sinne der Art. 9 ff. Visakodex bei der deutschen Auslandsvertretung einzureichen. I.d.R. muss er hierzu einen persönlichen Vorsprachetermin gemäß Art. 10 Visakodex vereinbaren. Zu einer solchen Vorsprache wird er nach § 82 Abs. 4 S. 1 bis 3 AufenthG von der zuständigen Auslandsvertretung verpflichtet, sofern dies beispielsweise für die Abnahme von Fingerabdrücken erforderlich ist. An dem Vorsprachetermin hat er neben dem Antragsformular auch ein gültiges Reisedokument, insbesondere in Form eines Passes¹²⁶, und i.d.R. ein biometrisches Lichtbild vorzulegen.¹²⁷ Zudem muss er bei einer verlangten Aufnahme eines Lichtbildes oder der Abnahme seiner Fingerabdrücke mitwirken und in jedem Falle eine Gebühr gemäß Art. 16 Visakodex in Höhe von 60 Euro bezahlen. Ein weiterer zentraler Bestandteil bei der Antragstellung ist laut Art. 10 Abs. 3 f Visakodex i.V.m. Art. 14 Visakodex und § 82 Abs. 1 S. 1 AufenthG die Verpflichtung des Ausländers, alle für das Verfahren relevante Angaben zu machen. Hierzu muss er sowohl seine persönlichen Wünsche, als auch die individuellen Umstände angeben, wenn diese „nicht offenkundig oder bekannt sind“. Dabei hat er auch darzulegen, wie die angegebenen Umstände nachzuprüfen sind, muss Nachweise über seine persönlichen Verhältnisse einreichen, sowie sonstige Bescheinigungen, Erlaubnisse und Nachweise abgeben, soweit dies für ihn möglich ist. Möchte ein Ausländer zur Wiederherstellung seiner ehelichen Lebensgemeinschaft nach Deutschland einreisen, so hat er die hierfür erforderlichen Voraussetzungen selbst nachzuweisen. Es besteht dabei keine Beweislast der zuständigen Behörde.¹²⁸ Ein schwer wiegendes Indiz, unter welchem hiervon ausgegangen werden kann, ist der Beweis einer rechtmäßig geschlossenen Ehe durch die Vorlage einer Eheschließungsurkunde.

¹²⁶ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 110 f.

¹²⁷ Vgl. *Hofmann*, § 6 AufenthG, Rn. 22.

¹²⁸ Vgl. *Dienelt*, S. XVIII.

Wird dem Ausländer eine Frist zur Nachreichung von fehlenden Unterlagen gesetzt, so ist er dazu verpflichtet, diese einzuhalten. Ansonsten kann sein beantragter Aufenthaltstitel und dadurch auch sein Antrag zum Ehegattennachzug abgelehnt werden.

Beim Ehegattennachzug zu Flüchtlingen wird die dreimonatige Frist zur Antragstellung auch dann eingehalten, wenn der Antrag gemäß § 29 Abs. 2 S. 3 AufenthG i.V.m. Nr. 29.2.2.2 VwV-AufenthG durch den in Deutschland lebenden Stammberechtigten gestellt wird. Dadurch sollen Ehegatten von Flüchtlingen die privilegierte Stellung nach § 29 Abs. 2 S. 2 AufenthG wahren können und diese nicht durch die Unmöglichkeit der Fristeinhaltung, wegen besonderer Umstände im Aufenthaltsstaat des Nachzugswilligen, verfallen.

III. Erteilung der Aufenthaltserlaubnis

Nach Antragstellung und Prüfung aller erforderlichen Voraussetzungen ist dem Ausländer ein nationales Visum zur Einreise nach Deutschland und eine Aufenthaltserlaubnis zum Ehegattennachzug zu erteilen, wenn bei der Prüfung nichts Gegenteiliges festgestellt wurde. Zwischen der Antragstellung und der Erteilung der Aufenthaltstitel darf gemäß Art. 8 FamRL ein maximaler Zeitraum von drei Jahren liegen.

Grundsätzlich ist die erteilte Aufenthaltserlaubnis zum Ehegattennachzug von dem Aufenthalt des bereits in Deutschland lebenden ausländischen Ehegatten abhängig. Dies gilt insbesondere in Bezug auf die Aufenthaltsdauer.¹²⁹ Der Gültigkeitszeitraum der Aufenthaltserlaubnis richtet sich nach § 27 Abs. 4 AufenthG und darf den Gültigkeitszeitraum des Aufenthaltstitels vom Zusammenführenden nicht überschreiten. Außerdem ist er auf die Gültigkeitsdauer des Passes oder Passersatzes des nachziehenden Ehegatten beschränkt. Die minimale zu erteilende Gültigkeitsdauer der Aufenthaltserlaubnis zum Ehegattennachzug muss i.d.R. jedoch ein Jahr betragen. Ist der Aufenthaltstitel des Zusammenführenden kein Jahr mehr gültig, wird

¹²⁹ Vgl. Hailbronner, Asyl-/Ausländerrecht, S. 220.

dem nachziehenden Ehegatten die Aufenthaltsdauer gewährt, die auch dem Zusammenführenden bis zum Ablauf seines Aufenthaltstitels noch verbleibt. Wenn es den genannten Aufenthaltszeiten nicht widerspricht, wird die erstmalige Aufenthaltserlaubnis meist für ein Jahr erteilt.

Das europäische Recht überlässt nach Art. 14 Abs. 2 FamRL den EU-Staaten die eigenständige Regelung des Arbeitsmarktzuganges. Die maximale Frist zum Verbot der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit beträgt jedoch ein Jahr nach Gültigkeitsbeginn eines Aufenthaltstitels.¹³⁰ Mit § 27 Abs. 5 AufenthG i.V.m. § 4 Abs. 2 S. 1 AufenthG wurde vom deutschen Gesetzgeber die Regelung getroffen, dass allen Drittstaatsangehörigen, die eine Aufenthaltserlaubnis zum Ehegattennachzug erhalten, auch eine Erlaubnis zur Erwerbstätigkeit zu gewähren ist. Dies beinhaltet gemäß § 2 Abs. 2 AufenthG sowohl die Ausübung einer selbständigen Tätigkeit, als auch eine Beschäftigung gemäß § 7 SGB IV. Somit ist allen Ausländern mit einer Aufenthaltserlaubnis zum Ehegattennachzug die uneingeschränkte Durchführung jeglicher selbständigen oder unselbständigen Erwerbstätigkeit erlaubt.¹³¹ Ohne die Bundesagentur für Arbeit beteiligen zu müssen, wird dieses Recht von Beginn der Aufenthaltserlaubnis an erteilt.¹³² Auf dem ausgestellten Aufenthaltstitel wird dieses nach § 4 Abs. 2 S. 2 AufenthG vermerkt.

Die Aufenthaltserlaubnis zum Ehegattennachzug beinhaltet zudem einen Rechtsanspruch zur Teilnahme an einem Integrationskurs.¹³³ Außerdem wird der Ausländer in das Ausländerzentralregister eingetragen, da es sich bei der Aufenthaltserlaubnis nach § 30 AufenthG um keinen kurzfristigen vorübergehenden Aufenthaltstitel handelt.¹³⁴

IV. Weiterer Aufenthalt des nachgezogenen Ehegatten

¹³⁰ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 213.

¹³¹ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 89.

¹³² Vgl. *Dienelt*, S. XXIII.

¹³³ Vgl. *Dienelt*, S. XXX.

¹³⁴ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 19.

Nach § 27 Abs. 1 AufenthG besteht die Möglichkeit zur Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis, die zum Familiennachzug erteilt wurde. Hierfür sind dieselben Voraussetzungen wie für die erstmalige Erteilung der Aufenthaltserlaubnis zu prüfen, da auch hier der gleiche familiäre Aufenthaltswert verfolgt wird. Bei der Prüfung der Voraussetzungen für die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis muss bei Ermessensentscheidungen die aktuelle Situation, wie beispielsweise die aktuelle berufliche, persönliche und soziale Bindung in Deutschland berücksichtigt werden. Für die Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis zum Ehegattennachzug gibt es abweichend zur erstmaligen Erteilung der Aufenthaltserlaubnis keine besondere Privilegierung für Ehegatten von Flüchtlingen. Besteht die eheliche Lebensgemeinschaft auch weiterhin fort, so kann bei der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 30 Abs. 3 AufenthG nach Ermessen von den Voraussetzungen des gesicherten Lebensunterhalts und des ausreichenden Wohnraumes abgesehen werden. Wenn es die Voraussetzungen zulassen, wird eine Aufenthaltserlaubnis zum Ehegattennachzug i.d.R. um zwei Jahre verlängert. Die zweijährige Verlängerung wird dann so oft wiederholt, bis eine Niederlassungserlaubnis gemäß § 9 Abs. 2 und 3 AufenthG zu erteilen ist.¹³⁵ Alternativ zur Niederlassungserlaubnis kann unter den Voraussetzungen der §§ 9a bis 9c AufenthG auch eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt – EU erteilt werden.

Eine spezielle Regelung zur Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis für nachgezogene Ehegatten befindet sich im § 31 AufenthG.¹³⁶ Unter den dort genannten Umständen kann die Aufenthaltserlaubnis zum Ehegattennachzug nach dem Beendigungszeitpunkt der ehelichen Lebensgemeinschaft weiter gewährt werden, auch wenn der ursprüngliche Aufenthaltswert dadurch nicht mehr vorliegt. Als besonderer Umstand zur Erteilung der eigenständigen Aufenthaltserlaubnis für die Dauer von einem Jahr gelten folgende Situationen. Nach § 31 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AufenthG liegen die Voraus-

¹³⁵ Vgl. Hailbronner, Asyl-/Ausländerrecht, S. 220.

¹³⁶ Vgl. Hailbronner, Asyl-/Ausländerrecht, S. 215.

setzungen vor, wenn die eheliche Lebensgemeinschaft vor ihrer Beendigung in Deutschland bereits seit mindestens drei Jahren rechtmäßig bestand. Dies steht in keinem Widerspruch zu Art. 15 Abs. 1 FamRL. Zur Bestimmung, ob die rechtmäßige eheliche Lebensgemeinschaft in Deutschland seit drei Jahren bestand, sind die Aufenthaltszeiten der beiden Ehepartner zu betrachten. Es kann die Aufenthaltszeit angerechnet werden, zu welcher der nachgezogene Ehegatte im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach § 30 AufenthG war, er eine Aufenthaltserlaubnisfiktion hatte, die nicht wieder weggefallen ist und er sich vor unmittelbarer Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis mit einem Visum in Deutschland aufgehalten hat.¹³⁷

Solange die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis nicht ausgeschlossen ist und die Beendigung des Aufenthalts eine besondere Härte für den nachgezogenen Ehegatten bedeuten würde, kann gemäß § 31 Abs. 2 S. 1 bis 3 AufenthG eine Ausnahme von dem dreijährigen Bestehen gemacht werden. Als besondere Härte wird jede Rückkehrverpflichtung bezeichnet, wenn dadurch die schutzwürdigen Belange des Ausländers erheblich beeinträchtigt werden. Ebenso kann dann von einer besonderen Härte gesprochen werden, wenn die eheliche Lebensgemeinschaft wegen Unzumutbarkeit aufgelöst wurde, da durch sie schutzwürdige Belange des Ausländers beeinträchtigt wurden. Von letzterem kann beispielsweise ausgegangen werden, wenn dem nachgezogenen Ehegatten durch seinen Ehepartner häusliche Gewalt angetan wurde. Die Voraussetzungen für den eigenständigen Aufenthalt des Ehegatten liegen nach § 31 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 AufenthG auch dann vor, wenn während des Bestehens der ehelichen Lebensgemeinschaft in Deutschland der Ehepartner, zu dem der Nachzug ursprünglich stattgefunden hat, verstorben ist.

Zwingende zusätzliche Voraussetzung nach § 31 Abs. 1 AufenthG ist in beiden Fällen, dass der nachgezogene Ausländer bis zum Ende der Lebensgemeinschaft im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis, einer Niederlassungserlaubnis oder einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt – EU war. Hatte

¹³⁷ Kluth / Heusch, § 31 AufenthG, Vgl. Rn. 14.

er selbst keine Schuld an dem Versäumnis der Beantragung seines weiteren inzwischen abgelaufenen Aufenthaltstitels, so gilt diese Voraussetzung dennoch als erfüllt. Dem nachgezogenen Ausländer kann jedoch keine eigenständige Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn die Aufenthaltserlaubnis auf Antrag nicht verlängert wurde oder die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis oder einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt – EU ausgeschlossen ist.

Die Aufenthaltsverlängerung nach § 31 Abs. 1 AufenthG kann durch eine Ermessensentscheidung gemäß § 31 Abs. 2 S. 4 AufenthG ausgeschlossen werden, wenn der nachgereiste Ausländer einen Leistungsanspruch nach dem SGB II oder dem SGB XII hat und er selbst schuld daran ist. Hat er den Leistungsanspruch jedoch nicht selbst verschuldet und kann ihm keine Niederlassungserlaubnis oder Erlaubnis zum Daueraufenthalt – EU erteilt werden, so ist ebenfalls nach einer Ermessensentscheidung die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis nach § 31 Abs. 4 AufenthG möglich.

Ist der Ausländer, zu dem der Ehegattennachzug stattgefunden hat zum Zeitpunkt des Endes der ehelichen Lebensgemeinschaft im Besitz einer Niederlassungserlaubnis oder einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt – EU und bezahlt er Unterhaltsleistungen an den nachgezogenen Ehegatten, so muss letzterem eine Niederlassungserlaubnis nach § 31 Abs. 3 AufenthG erteilt werden. Weitere Voraussetzungen sind aber, dass die Unterhaltsleistungen vom Zusammenführenden aus eigenen Mitteln geleistet werden und die Höhe dieser für den Lebensunterhalt des nachgezogenen Ausländers ausreicht. Die Erteilung der eigenständigen Aufenthaltserlaubnis ist zudem nur dann möglich, wenn der Ehegatte, zu dem der Nachzug stattgefunden hat, bis zum Ende der ehelichen Lebensgemeinschaft ein deutsches Aufenthaltsrecht und eine Perspektive zur Verfestigung des Aufenthaltsrechts besteht, bzw. im Falle des Todes bestand. Hat der Stammberechtigte sich nicht rechtzeitig um die Verlängerung seines Aufenthaltstitels bemüht, aber

kann ihm nicht selbst die Schuld hierfür zugeschrieben werden, so ist die beschriebene Voraussetzung dennoch gegeben.¹³⁸

Bei der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis nach § 31 AufenthG ist gemäß § 27 Abs. 5 AufenthG die Erwerbstätigkeit des Ausländers weiterhin gestattet. Endet die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis nach einem Jahr, so ist im Ermessen über den weiteren Aufenthalt des Ausländers zu entscheiden.¹³⁹

Durch diese Möglichkeit der Verlängerung des abgelaufenen Aufenthaltstitels wegen Wegfall des Aufenthaltszwecks, kann die logische Schlussfolgerung gezogen werden, dass ab dem Zeitpunkt des Wegfalls der ehelichen Lebensgemeinschaft die Aufenthaltserlaubnis nach § 30 AufenthG endet. Dies ist auch dann der Fall, wenn der eigentlich erteilte Gültigkeitszeitraum über diesen Zeitpunkt hinausgeht.

Die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis oder die Ausstellung eines anderen Aufenthaltstitels muss gemäß § 81 Abs. 4 S. 1 AufenthG beantragt werden, bevor die bisherige Aufenthaltserlaubnis nach § 30 AufenthG ihre Gültigkeit verliert. Die Antragstellung ist nur durch den betreffenden Ausländer selbst möglich, sie kann aber auch bei einer örtlich unzuständigen Behörde vorgenommen werden.¹⁴⁰ Hält der Ausländer diese Antragsfrist ein, so gilt der bisherige Aufenthaltstitel weiter, bis die Ausländerbehörde über den Antrag entschieden hat. Wurde ein Antrag auf die Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis oder auf die Ausstellung eines anderen Aufenthaltstitels erst nach Fristablauf gestellt, so kann laut § 81 Abs. 4 S. 2 AufenthG in Ausnahmefällen die Fortgeltungswirkung durch die Ausländerbehörde angeordnet werden. Dies ist aber nur dann möglich, wenn die Frist dabei nur kurzfristig überschritten wurde und von einer „unbilligen Härte“ gesprochen werden kann. Letztere liegt bei fahrlässiger Fristüberschreitung oder

¹³⁸ Vgl. *Kluth / Heusch*, § 31 AufenthG, Rn. 10 f.

¹³⁹ Vgl. *Kluth / Heusch*, § 31 AufenthG, Rn. 9.

¹⁴⁰ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 116.

der Unmöglichkeit zur Fristeinhaltung vor. Ebenso muss davon ausgegangen werden, dass die Aufenthaltserlaubnis bei einer fristgerechten Antragstellung verlängert worden wäre. Liegen alle diese Voraussetzungen vor, dann ist der Aufenthalt erlaubt, bis die Aufenthaltserlaubnis tatsächlich verlängert wird.¹⁴¹ In diesen Fällen wird dem Ausländer eine Bescheinigung über den in Deutschland erlaubten Aufenthalt ausgestellt.

Wird vom Ausländer ein verspäteter Antrag gestellt, so wird dieser gemäß § 81 Abs. 3 AufenthG von der Ausländerbehörde entgegengenommen, und dem Ausländer ist es erlaubt, sich weiterhin in Deutschland aufzuhalten. Hierfür wird ihm von der Ausländerbehörde eine Fiktionsbescheinigung im Sinne des § 81 Abs. 5 AufenthG ausgestellt. Diese Bescheinigung besagt, dass die Antragstellung wirksam vorgenommen wurde. Sie hat keinerlei rechtliche Wirkung.¹⁴²

¹⁴¹ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 111 f.

¹⁴² Vgl. *Kluth / Heusch*, § 81 AufenthG, Rn. 43 ff.

F. Aktuelle Situation

I. Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes

Für die Suche von Familienangehörigen, zu welchen der Kontakt auf Grund verschiedener Umstände verloren gegangen ist, gibt es weltweit zahlreiche Suchdienste. In Deutschland ist der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes am weitesten verbreitet. Durch diesen sollen Ehepartner, Eltern, Kinder, Geschwister und weitere Angehörige wieder gefunden und das gemeinsame Zusammenleben neu hergestellt werden. Zur Wiederherstellung des Kontakts mit den wiedergefundenen Familienangehörigen bietet der Suchdienst beispielsweise die Übermittlung von neutralen Familiennachrichten in den Kriegs- und Krisengebieten an, in denen keine anderweitige Kommunikation möglich ist. Ebenso ist durch den Suchdienst die Beschaffung von ausländischen Dokumenten, wie beispielsweise von Haftbescheinigungen möglich. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit vom Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes liegt insbesondere in der Beratung und Unterstützung zur Familienzusammenführung. Hierbei erfolgt eine Aufklärung über die rechtlichen Voraussetzungen des Familiennachzugs und die Unterstützung bei der Durchführung des Visumverfahrens. Zur Erfüllung dieser genannten Aufgaben gehört der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz an, und arbeitet mit 189 nationalen Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften zusammen. Der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes greift auf jahrzehntelange Erfahrungen zurück, arbeitet stets kostenlos und unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen.¹⁴³

II. Gesetzesänderungen

¹⁴³ Vgl. https://www.drk-suchdienst.de/sites/default/files/2015_internationale_suche_fz_de.pdf
(letzter Zugriff am 05.09.2016).

Die aktive Gestaltung der Zuwanderung und die umfassende Förderung der Integration begannen in Deutschland im Juli 2001. Mit dem Bericht der unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ unter dem Titel „Zuwanderung gestalten – Integration fördern“ entstand in Deutschland eine veränderte ausländerrechtliche Sichtweise.¹⁴⁴ Auch auf Unionsebene fand ein ausländerrechtlicher Umbruch statt. So wurde am 22. September 2003 die FamRL eingeführt, die erstmals eine EU-weite einheitliche Regelung der Familienzusammenführung vorsah.¹⁴⁵

Am 1. Januar 2005 trat in Deutschland das Zuwanderungsgesetz 2004 in Kraft, wodurch das Ausländergesetz von 1990 seine Gültigkeit verlor. Diese Veränderung brachte einen wesentlichen Wandel mit sich. Seit diesem Zeitpunkt gelten sowohl das AufenthG, als auch das FreizügG/EU. Mit den neu eingeführten Rechten und Pflichten, wie beispielsweise der vom Gesetzgeber nun gewollten Integration, sowie der Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung, wurde das Ausländerrecht ab jetzt nicht mehr ausschließlich zur Gefahrenabwehr verwendet.¹⁴⁶ Seitdem wird auch zwischen dem Recht für Unionsbürger und Drittstaatsangehörige unterschieden.¹⁴⁷ Für Drittstaatsangehörige, die sich beispielsweise aus humanitären oder familiären Gründen in Deutschland befinden, wurden spezielle Regelungen zur Erwerbstätigkeit getroffen, wodurch auch für Flüchtlinge und deren nachgezogenen Ehegatten von einem erleichterten Arbeitsmarktzugang gesprochen werden kann.¹⁴⁸

Zum 28. August 2007 wurden zahlreiche Regelungen des AufenthG, unter anderem auch die Regelungen zur Aufenthaltserlaubnis aus humanitären

¹⁴⁴ Vgl. *Dienelt*, S. XII.

¹⁴⁵ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 208.

¹⁴⁶ Vgl. *Dienelt*, S. XII f.; vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 3 und 14.

¹⁴⁷ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 24.

¹⁴⁸ Vgl. *Dienelt*, S. XXIII.

Gründen, angepasst.¹⁴⁹ Hierunter fällt die Verschärfung des Ehegattennachzugs zur Bekämpfung von Schein- und Zwangsehen¹⁵⁰ durch die Einführung von § 27 Abs. 1a AufenthG oder auch durch die Einführung der einfachen deutschen Sprachkenntnisse des zuziehenden Ehegatten¹⁵¹. Ebenso kam § 27 Abs. 4 AufenthG zur Beschränkung der Gültigkeitsdauer der Aufenthaltserlaubnis und § 29 Abs. 2 S. 2 AufenthG zur Privilegierung der Flüchtlinge in Bezug auf den gesicherten Lebensunterhalt und den ausreichenden Wohnraum hinzu.

Im Juli 2011 wurde das eigenständige Aufenthaltsrecht des Ehegatten, der Opfer einer Zwangsheirat¹⁵² oder von häuslicher Gewalt war, erleichtert. Für letzteres wurde § 31 Abs. 2 S. 2 AufenthG verändert. Die eheliche Lebensgemeinschaft muss für die Ausstellung einer unabhängigen Aufenthaltserlaubnis für solche Ehegatten seitdem nur noch zwei Jahre bestanden haben.¹⁵³

Im Jahr 2015 forderte der EuGH bezüglich der zwingenden einfachen Sprachkenntnisse zum Familiennachzug die Einführung einer Ausnahmeregelung bei Härtefällen. So wurde zum 1. August 2015 § 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 6 AufenthG neu eingeführt.¹⁵⁴ Hinzu kommt mit der Änderung des § 29 Abs. 2 S. 2 Nr. 1 AufenthG die Gleichstellung von subsidiär Schutzberechtigten gegenüber Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen.

Das AufenthG wurde zuletzt zum 6. August 2016 geändert. So hat sich das Ausländerrecht in den letzten Jahren stark verändert und es fand eine weitgehende Vereinheitlichung innerhalb der EU statt.¹⁵⁵

III. Statistik

¹⁴⁹ Vgl. *Dienelt*, S. XIV.

¹⁵⁰ Vgl. *Dienelt*, S. XVIII.

¹⁵¹ Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 239.

¹⁵² Vgl. *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht, S. 15.

¹⁵³ Vgl. *Dienelt*, S. XX.

¹⁵⁴ Vgl. *Dienelt*, S. XIX.

¹⁵⁵ Vgl. *Dienelt*, S. XI f.

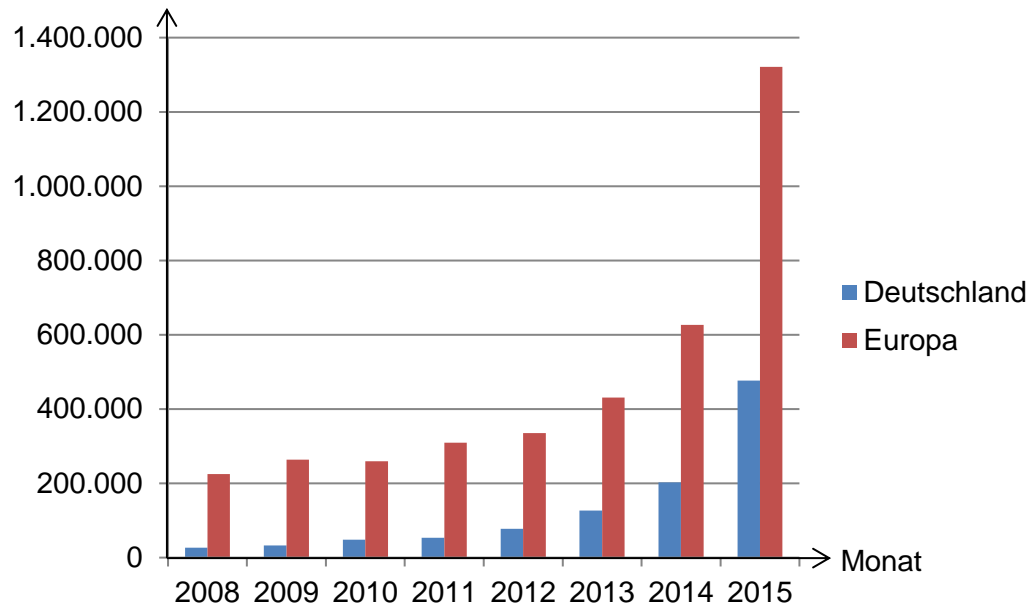
Der Ehegattennachzug zu Flüchtlingen ist in erster Linie von den Asylberechtigten, anerkannten Flüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten abhängig. Somit haben die Zahlen von nach Deutschland geflüchteten Personen, deren vorliegende Verfolgung und deren familiäre Situation starke Auswirkungen auf die Anzahl der zu Flüchtlingen nachziehenden Ehegatten. Zwar bedeutet die Stellung eines Antrags auf Asyl oder internationalen Schutz kein Aufenthaltsrecht in Deutschland, aber dennoch kann beobachtet werden, dass der Großteil dieser Ausländer sich in naher Zukunft zumindest mit einer Duldung in Deutschland aufhalten wird.¹⁵⁶ Zudem können aus diesen Zahlen im Zusammenhang mit aktuellen politischen Verfolgungen und Kriegen prozentuale Wahrscheinlichkeiten errechnet werden, unter welchen die geflüchteten Ausländer in Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis als Asylberechtigte, anerkannte Flüchtlinge oder subsidiär Schutzberechtigte bekommen könnten.

Europa- und deutschlandweit haben die Zahlen der schutzsuchenden Ausländer in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Im Jahr 2015 wurde dann ein rasanter Anstieg der hierher Geflüchteten verzeichnet:

Abbildung 2: Zuzug von Flüchtlingen

Anzahl der
Personen

¹⁵⁶ Vgl. Hailbronner, Asyl-/Ausländerrecht, S. 9.

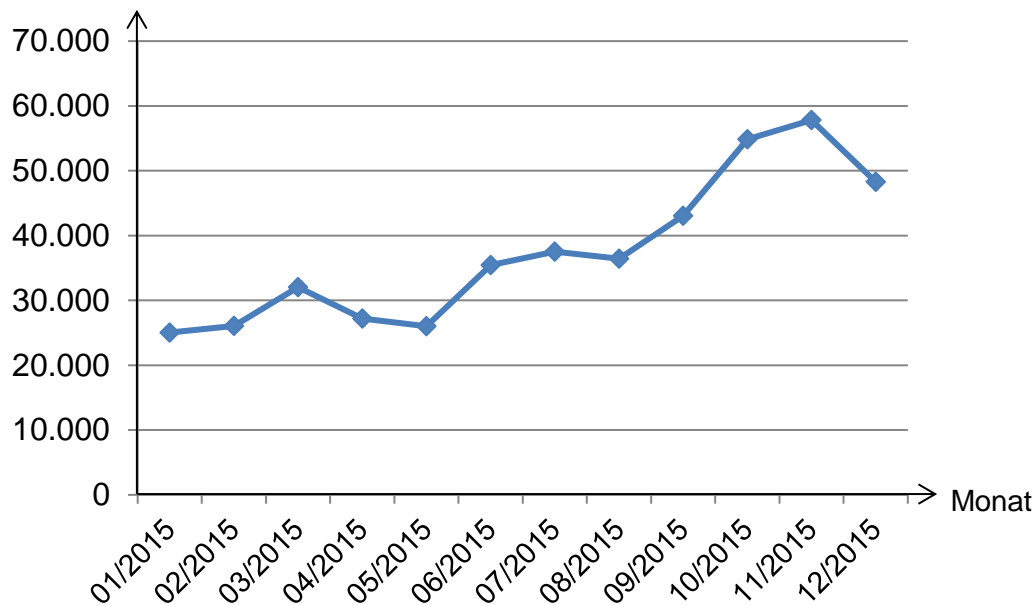


Quelle: Vgl. http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=migr_asyappctza&lang=en
(letzter Zugriff am 09.09.2016).

Der größte Anstieg der Flüchtlingszahlen innerhalb des Jahres 2015 ist in Deutschland in den Monaten Oktober und November zu erkennen:

Abbildung 3: Zuzug von Flüchtlingen 2015

Anzahl der
Personen



Quelle: Vgl. http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-juli-2016.pdf?__blob=publicationFile, S. 5 (letzter Zugriff am 24.08.2016).

Dass 2015 der Rekord im Bevölkerungszuwachs in Deutschland seit 1992 erstmals gebrochen wurde,¹⁵⁷ ist hauptsächlich von den insgesamt 477.000 gestellten Flüchtlingsanträgen abhängig. Da häufig die Antragstellung erst zeitlich verzögert nach der Einreise vorgenommen wird, hat die europaweite Einreise der mehr als 1,1 Millionen Schutzsuchenden im Jahr 2015 auch Auswirkung auf die Zahlen der Antragstellungen im Jahr 2016.¹⁵⁸

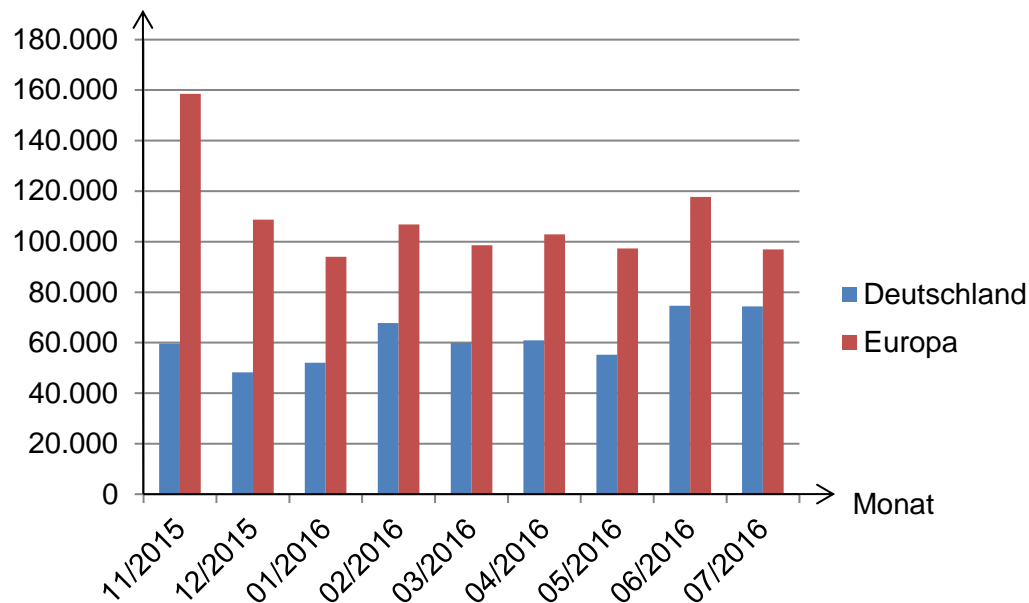
So ist im Jahr 2016 eine europaweite immer noch hohe Anzahl an Flüchtlingen zu erkennen, wobei auch ein Rückgang dieser Zahlen wahrgenommen wurde. Deutschlandweit halten sich die Flüchtlingszahlen aber weiterhin auf hohem Niveau:

Abbildung 4: Zuzug von Flüchtlingen 2016

Anzahl der
Personen

¹⁵⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): 82,2 Millionen Einwohner am Jahresende 2015 – Bevölkerungszunahme durch hohe Zuwanderung, 2016, erhältlich unter: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/08/PD16_295_12411pdf.pdf?__blob=publicationFile (letzter Zugriff am 09.09.2016).

¹⁵⁸ Vgl. Bauer-Haller / Wezel, S. 29.



Quelle: Vgl. http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=migr_asyappctzm&lang=en
(letzter Zugriff am 09.09.2016).

Mit ca. 40 Prozent kam die Hauptanzahl der Geflüchteten im Jahr 2015 aus der Syrischen Arabischen Republik.¹⁵⁹ Die größte Gruppe der Antragsteller waren mit 28,8 %, Männer zwischen 18 und 24 Jahren.¹⁶⁰ Insgesamt wurde 2015 über 140.000 Ausländern eine Aufenthaltserlaubnis zum Flüchtlingsschutz gewährt. Diese haben nun ein Bleiberecht unter anderem mit der Möglichkeit des Ehegattennachzugs.¹⁶¹ Zusätzlich gibt es aktuell noch viele offene Verfahren, in denen noch nicht über den Flüchtlingsantrag entschieden wurde.

Rund 82.000 Drittstaatsangehörige sind 2015 aus familiären Gründen nach Deutschland eingereist. Davon wurden 73.908 eine Aufenthaltserlaubnis erteilt.¹⁶² Hierunter sind alle Familienangehörigen, nicht nur die Ehegatten von

¹⁵⁹ Vgl. BAMF, Asylzahlen, S. 16.

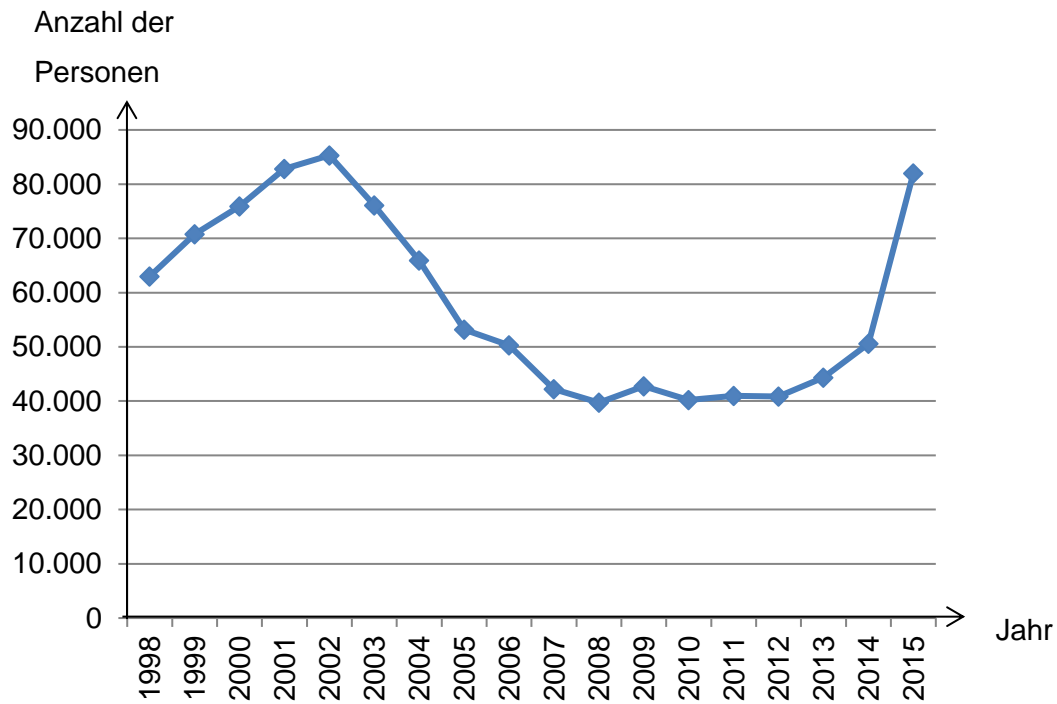
¹⁶⁰ Vgl. BAMF, Asylzahlen, S. 18 f.

¹⁶¹ Vgl. DRK-Generalsekretariat, Suchdienst-Leitstelle: Zahlen und Fakten, 2016, erhältlich unter: https://www.drk-suchdienst.de/sites/default/files/zahlen_und_fakten_2016.pdf (letzter Zugriff am 08.09.2016).

¹⁶² Vgl. BAMF, Wanderungsmonitoring, S. 9 f.

Flüchtlingen erfasst. Die genannten Zahlen stellen im Vergleich zu den Vorjahren einen enormen Zuwachs dar:

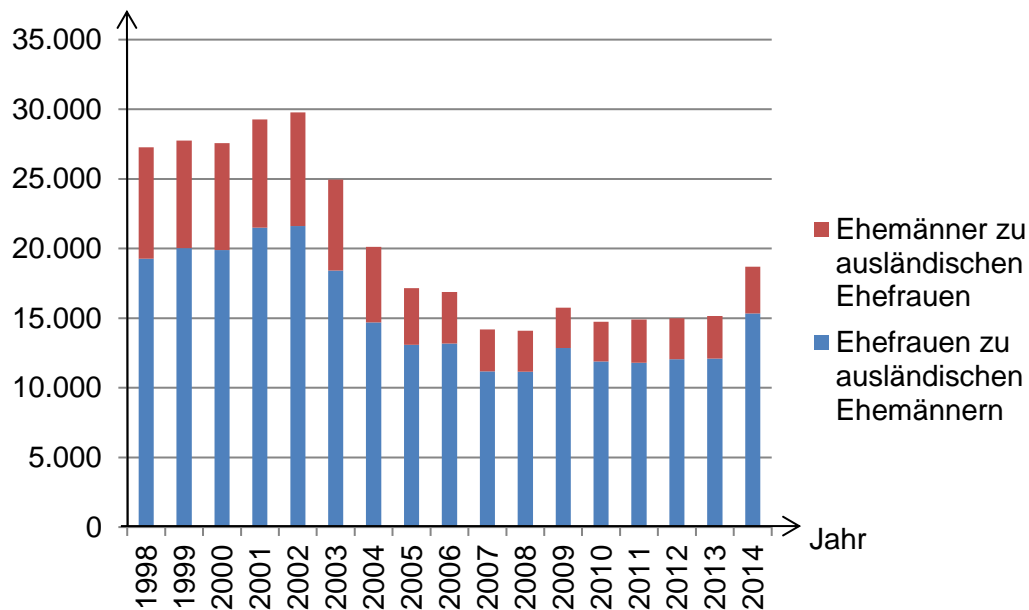
Abbildung 5: Zuwanderungen nach Deutschland zum Familiennachzug



Quelle: Vgl. BMI, Migrationsbericht, S. 37.

Abbildung 6: Zuwanderungen nach Deutschland zum Ehegattennachzug

Anzahl der
Personen



Quelle: Vgl. BMI, Migrationsbericht, S. 90 u. 209.

Besonders für Familienangehörige syrischer Flüchtlinge stellt sich das Nachzugsverfahren zurzeit als sehr schwierig und aufwändig dar. Dies ist darauf zurück zu führen, dass die deutschen Auslandsvertretungen in Syrien geschlossen sind und sich die nachzugswilligen Ausländer an die deutschen Auslandsvertretungen in Jordanien, der Türkei oder dem Libanon zu wenden haben. Durch die aktuelle Situation sind diese Auslandsvertretungen sehr stark ausgelastet und es ergeben sich zum Teil sehr lange Wartezeiten für die Antragsteller.¹⁶³ Aus dieser Aussage kann geschlossen werden, dass momentan häufig vom Familiennachzug und somit auch vom Ehegattennachzug zu Flüchtlingen Gebrauch gemacht wird und die Bearbeitung dieser Anträge für die zuständigen deutschen Behörden eine große Herausforderung darstellt. Wie sich die weiteren Antragszahlen entwickeln werden, kann nur sehr schwer vorausgesagt werden.

¹⁶³ Vgl. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Anfrage zum Familiennachzug zu anerkannten syrischen Flüchtlingen, BT-Drucks. 18/8986, S. 1.

G. Schluss

Ziel der Arbeit war es, die aktuellen rechtlichen Bedingungen darzulegen, unter welchen ausländische Staatsangehörige zu ihren nach Deutschland geflüchteten Ehegatten nachreisen können.

Ausländer, die keine Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates besitzen, müssen zur Einreise nach Deutschland und dem dortigen Aufenthalt im Besitz eines Aufenthaltstitels sein. Für den Ehegattennachzug sind i.d.R. ein Visum und eine Aufenthaltserlaubnis erforderlich. Als Ehegatte nach Deutschland nachreisen darf nur, wer mit dem in Deutschland lebenden Ausländer eine Ehe eingegangen ist. Diese kann sowohl in Deutschland, als auch im Ausland formell und materiell rechtmäßig geschlossen worden sein. Zur Erteilung der Aufenthaltserlaubnis zum Ehegattennachzug wurde festgestellt, dass die Ehegatten von Asylberechtigten, anerkannten Flüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten welche im Besitz einer deutschen Aufenthaltserlaubnis sind, im Gegensatz zu den übrigen Ausländern unter erleichterten Bedingungen nach Deutschland nachreisen können. Voraussetzungen für den Ehegattennachzug zu Flüchtlingen sind grundsätzlich die geklärte Identität, das Vorhandensein eines gültigen Passes, die Einreise mit dem korrekten Visum, das Bestehen der ehelichen Lebensgemeinschaft, das Vorliegen der Aufenthaltserlaubnis des in Deutschland lebenden Flüchtlings und das Bestehen der Volljährigkeit beider Ehegatten. Ein Nachzug ist i.d.R. nicht möglich, wenn ein Ausweisungsinteresse besteht, die öffentliche Sicherheit, Ordnung oder Gesundheit bzw. die Interessen Deutschlands dadurch beeinträchtigt oder gefährdet werden, eine Schein- oder Zwangsehe vorliegt oder durch den Nachzug eine Mehrehe gewährt würde. Als besondere Privilegierung für die Ehegatten von Flüchtlingen fallen die sonst grundsätzlich erforderlichen Voraussetzungen des gesicherten Lebensunterhalts, des ausreichenden Wohnraums und der einfachen Sprachkenntnisse weg, soweit der Antrag innerhalb von drei Monaten nach der Ausstellung der Aufenthaltserlaubnis des Flüchtlings gestellt wird.

Zuständig für die Erteilung des Visums zur Einreise nach Deutschland sind die deutschen Botschaften, Konsulate und Generalkonsulate. Diese beteiligen zur Erteilung der Aufenthaltserlaubnis die örtlichen unteren Ausländerbehörden in Deutschland. So wird ein von einem Ausländer gestellter Antrag unter dessen Mitwirkung geprüft. Liegen alle erforderlichen Voraussetzungen vor, werden dem nachzugswilligen Ehegatten ein Visum und eine Aufenthaltserlaubnis erteilt. Er ist folglich dazu berechtigt, nach Deutschland einzureisen und sich hier innerhalb der festgelegten Gültigkeitsdauer der Aufenthaltserlaubnis aufzuhalten. Zudem ist er zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit in Deutschland berechtigt. Läuft die Gültigkeitsdauer der Aufenthaltserlaubnis ab und die eheliche Lebensgemeinschaft besteht fort, so kann der Ausländer die Verlängerung dieser oder die Ausstellung eines weiteren Aufenthaltstitels beantragen. Fällt das Bestehen der ehelichen Lebensgemeinschaft weg, so verliert die Aufenthaltserlaubnis ihre Gültigkeit. In diesem Fall gibt es die Möglichkeit zur Erlangung einer eigenständigen Aufenthaltserlaubnis.

Aktuell können Flüchtlinge zur Suche von Angehörigen, zu denen sie ihren Kontakt verloren haben, beispielsweise vom Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes, Gebrauch machen. Überwiegend Ende des Jahres 2015 sind sehr viele schutzsuchende Ausländer nach Deutschland gekommen. Durch die laufende Ausstellung von Aufenthaltserlaubnissen für diese, hat Deutschland eine weitere Aufgabe zu bewältigen: den Ehegattennachzug.

Literaturverzeichnis

Bamberger, Heinz Georg und Roth, Herbert (Hrsg.): Beck'scher Online-Kommentar BGB, 40. Auflage, 2016, erhältlich unter https://beck-online.beck.de/?vpath=bibdata/komm/beckok_40_BandBGB/cont/beckok%2Ehtm
(letzter Zugriff am 01.09.2016)

BAMF (Hrsg.): Das Bundesamt in Zahlen 2015 – Asyl, 2016, erhältlich unter http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2015-asyl.pdf?__blob=publicationFile
(letzter Zugriff am 09.09.2016), zitiert als: BAMF, Asylzahlen

BAMF (Hrsg.): Wanderungsmonitoring: Erwerbsmigration nach Deutschland – Jahresbericht 2015, 2016, erhältlich unter http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/wanderungsmonitoring-2015.pdf?__blob=publicationFile
(letzter Zugriff am 09.09.2016), zitiert als: BAMF, Wanderungsmonitoring

Bauer-Haller, Ursula und Wezel, Ulrich Hans: Weltweit höchste Flüchtlingszahlen seit dem Zweiten Weltkrieg, in Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 5/2016, 2016, S. 27 ff., erhältlich unter: http://statistik.baden-wuerttemberg.de/Service/Veroeff/Monatshefte/PDF/Beitrag16_05_06.pdf
(letzter Zugriff am 09.09.2016)

Bergmann, Jan und Dienelt (Hrsg.), Klaus: Ausländerrecht, 11. Auflage, 2016, erhältlich unter https://beck-online.beck.de/?vpath=bibdata/komm/RennerKoAusIR_11/cont/RennerKoAusIR%2Ehtm
(letzter Zugriff am 01.09.2016)

BMI (Hrsg.): Migrationsbericht 2014, 2016, erhältlich unter http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Migrationsberichte/migrationsbericht-2014.pdf?__blob=publicationFile
(letzter Zugriff am 09.09.2016), zitiert als: BMI, Migrationsbericht

Dienelt, Klaus: Ausländerrecht, 29. Auflage, 2015, zitiert als: *Dienelt*, Ausländerrecht

Hailbronner, Kay: Asyl- und Ausländerrecht, 3. Auflage, 2014, zitiert als: *Hailbronner*, Asyl-/Ausländerrecht

v. Hein, Jan: Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Band 10: Internationaler Privatrecht I – Europäisches Kollisionsrecht – Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche (Art. 1-24), 6. Auflage, 2015, erhältlich unter https://beck-online.beck.de/?vpath=bibdata/komm/MueKoBGB_6_Band10/cont/MueKoBGB%2Ehtm (letzter Zugriff am 01.09.2016)

Hofmann, Rainer M. (Hrsg.): Ausländerrecht, 2. Auflage, 2016, erhältlich unter https://beck-online.beck.de/Dokument?vpath=bibdata%2Fkomm%2Fhofmannhoffmannhkauslr_2%2Fcont%2Fhofmannhoffmannhkauslr.htm&pos=0&hlwords=on (letzter Zugriff am 01.09.2016)

Huber, Bertold (Hrsg.): Aufenthaltsgesetz, 2. Auflage, 2016, erhältlich unter https://beck-online.beck.de/Dokument?vpath=%2Fbibdata%2Fkomm%2FHuberKoAufenthG_2%2Fcont%2FHuberKoAufenthG.Inhaltsverzeichnis.htm&showParallelFundstellenReadable=False (letzter Zugriff am 01.09.2016)

Kluth, Winfried und Heusch, Andreas (Hrsg.): Beck'scher Online-Kommentar Ausländerrecht, 10. Auflage, 2016; https://beck-online.beck.de/?vpath=bibdata\komm\BeckOKAuslR_10\cont\BECKOKAUSLR.htm (letzter Zugriff am 01.09.2016)

Müller, Kerstin: Familienzusammenführung zu Flüchtlingen, in: Asylmagazin 9/2007, 2007, S. 9 ff., erhältlich unter http://www.asyl.net/fileadmin/user_upload/beitraege_asylmagazin/AM2007-09-09-Mueller.pdf (letzter Zugriff am 22.07.2016)

Nusser, Julian und Schulenberg, Sebastian: Asylgrundrecht, Flüchtlingschutz und staatliche Handlungsfähigkeit, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, 2016, Heft 1, S. 26 f., erhältlich unter <https://beck-online.beck.de/Dokument?vpath=bibdata%2Fzeits%2Fzrp%2F2016%2Fcont%2Fzrp.2016.26.2.htm&pos=6&hlwords=on>
(letzter Zugriff am 01.09.2016)

Stiegeler, Klaus Peter: Eheschließung von Flüchtlingen, in: Asylmagazin 3/2002, 2002, S. 5 ff., erhältlich unter http://www.asyl.net/fileadmin/user_upload/beitraege_asylmagazin/AM2002-03-05-Stiegeler.pdf
(letzter Zugriff am 25.07.2016)

Eigenständigkeitserklärung

„Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus anderen Quellen direkt oder indirekt übernommenen Daten und Konzepte sind unter Angabe der Quelle gekennzeichnet.“

15. September 2016, Lydia Köpf